

Erste Seite
an allen Verkäufen.
Bezugspreis
für Monat Dezember M.
in der Bezahlstelle 250.—
in den Ausgabenstellen 260.—
durch Zeitungsdienste 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 Deutsche Mark.

Herausgeber: 4246, 2278,
3110, 3249

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsnichterfüllung oder Aussetzung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenvertrag
f. d. Grundsatzzeitung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 40.—M
Reklameteil 120.—M
Für Aufträge aus
Deutschland 350 M
im Reklame teil 10.—M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czekaue Konto für Polen: P. E. O. Nr. 201283 in Poznań

Politik und Psychologie.

Der in Posen gesetzte Beschluss des Ministerrates, die der polnischen Regierung durch den Vertrag von Versailles den deutschen Ansiedlern gegenüber gegebenen „Rechte“ mit voller Konsequenz anzuwenden, und die Rede des Ministerpräsidenten Ponikowski, der im goldenen Saal des Posener Rathauses, auf die Begrüßungskarte des Stadtvorstandes, stehend, mit Genugtuung feststellte, daß Spuren des Deutschtums in Posen kaum noch wahrnehmbar seien, haben in den letzten Tagen der Presse bei der Zungen, der polnischen und der deutschen, reichen Stoff zu politischen Betrachtungen gegeben.

In seiner Freitagsnummer ergründet auch der „Dziennik Poznański“ in einem Leitartikel unter der Überschrift „Mit voller Konsequenz“ das Wort dazu. Die Quiescenz dieses Laienfaches des „Dziennik“ ist die Feststellung, daß die Deutschen schlechte Psychologen wären. Nur dadurch ließe sich die Haltung ihrer Führer erklären und ihre Neutralität gegen den polnischen Staat, dessen Bürger sie wären, an den Völkerbund zu appellieren. „Wenn der Deutschtumsbund auf diesem Wege weitergeht“, schreibt der „Dziennik“. — „dann wird er eine Stimmung herbeiführen, die zur Folie haben wird, daß auf polnischer Seite immer weniger Stimmen für Verständigung und Zusammenarbeit zu finden sein werden, immer mehr Stimmen für rücksichtlose Anwendung des Bushabens des Geistes. Denn immer stärker wird sich die Überzeugung einstellen, daß gegenüber einer bestimmten Art der Gesinnung nur an den Kulus der Macht appelliert werden kann, den seinerzeit die preußische Regierung eingeschöpft hat. Die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität müssen selbst entscheiden, ob das in ihrem Interesse liegt, — denn um ihr Interesse handelt es sich hier in erster Linie, wenn nicht ausschließlich.“

Die Entrüstung der polnischen Blätter darüber, daß die Deutschen Polen es gewagt haben, an den Völkerbund zu appellieren, nachdem alle anderen Mittel versagt haben, läßt sich verschieden erklären. Und daß es sich hier nur um das Interesse der Deutschen handelt, darf auch bezweifelt werden. Die Tatsache kann nicht weggeleugnet werden, daß die Deutschen, indem sie sich an den Völkerbund wandten, von einem ihnen zuiehenden Rechte Gebrauch machten und daß die Anwendung dieses Rechtsmittels auch wieder keinen andern Zweck hatte, als den Deutschen in Polen zu ihrem Recht zu verhelfen, — zu ihrem Recht, das im Vertrag von Versailles und im Minderheitenschutzvertrag ausgesprochen ist.

Der Vorwurf aber, daß die Deutschen schlechte Psychologen seien, d. h. also in diesem Falle: daß sie sich auf das Seelenleben des polnischen Volkes schlecht verständen, und daß dadurch ihre jetzige Haltung zu erklären sei, muß zu übergeben werden. Wenn irgend jemand ein schlechter Psychologe ist und durch seine Unkenntnis des Seelenlebens des Volkes, mit dem er zusammenlebt, das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen, das bei uns jetzt herrscht, herbeigeführt hat, so sind es eben die Polen. Wir haben schon früher wiederholt erklärt und erklären es auch jetzt wieder, daß es der polnischen Regierung und dem polnischen Volke bei der Wiedererrichtung des polnischen Reiches ein leichtes gewesen wäre, die Deutschen, die als Bürger der neuen Republik hier zu bleiben beschlossen, für sich zu gewinnen, sich ihre aufrichtige Sympathie, ihre eifrige Mitarbeit am Aufbau des Staates zu sichern. Wo der Deutsche in der Welt als Bürger eines fremden Staates gelitten und gewirkt hat, da hat er sich immer und überall gern und leicht in seine neue Staatsbürgerschaft eingefügt und eingelebt, und hat es immer und überall verstanden, sowohl den Pflichten seinem Deutschtum gegenüber als auch den Pflichten seinem neuen Lande gegenüber gerecht zu werden — und oft das letztere besser als das erste.

Waren die Polen bessere Psychologen, hätten sie das wahre Wesen der hiesigen Deutschen und ihre Bereitschaft, nicht nur dem Namen nach, sondern im vollen Sinn des Wortes „polnische Staatsbürger deutscher Nationalität“ zu sein, besser gelernt dann wäre jetzt manches anders aus, und die Deutschen brauchten nicht den Völkerbund zu eintreten.

Wenn jetzt die hiesigen Deutschen die Überzeugung haben, daß die polnischen Behörden vielmehr gegen sie arbeiten, wenn sie daher, vielleicht mit einem Gefühl berechtigter Verbitterung, an eine höhere Stelle appellieren — und der Völkerbund soll doch nach seinem Programm und nach seinen Satzungen bei der Entscheidung über Fragen der völkischen Minderheiten eine über den einzelnen Staaten stehende höhere Stelle sein —, ist das, so wie die Dinge jetzt liegen, ein Wunder? Hat es kein Szczypliński gegeben? Hat es keine Domänenpächterfrage gegeben? Eine Ansiedler, die um ihren Besitz abdrückt wurden? Keine Ansiedler, denen verweilt wird, in die Stellen dem Lebenseben zu überregnen? Keine Arbeiter, die aus ihren Brotsstellen hinweggedrängt wurden? Keine Beamten, die erst durch verlockende Versprechungen an ihrem Posten gehalten wurden und dann vor die Tür gesetzt wurden, als man glaubte, sie nicht mehr da zu haben? Eine Wahlentscheidung der Deutschen? Hat es alles das nicht eine, wogegen an der ersten Stelle schon so oft zuletzt im vorgezogenen Laufe aufgetreten — hat geschrieben werden müssen? Und schließlich: Hat der jüngste Ministrapäpold, der ein sehr schlechter Psychologe aber auch

ein sehr schlechter Kenner der Verhältnisse sein muß, nicht so wenigen Tagen bei festlicher Gelegenheit laut und deutlich verkündet, daß Spuren des Deutschtums hier kaum noch wahrnehmbar seien und daß die völlige Vertilzung dieser Spuren ein erreichbares Ziel sei?

Der Herr Ministerpräsident ist ein sehr schlechter Kenner der Verhältnisse. Sonst würde er wissen, daß, wenn hier wirklich Spuren des Deutschtums kaum noch wahrnehmbar wären, es in Polen keine Universität, kein Schloß, kein Großes Theater, kein Gebäude für den Urząd Osadniczy, keine Villenkolonie Solotach, in der jetzt die Universität ihre Institute unterbringen kann, keinen wohlgepflegten Botanischen Garten, keine allen Anforderungen unserer Zeit entsprechenden Schulgebäude, keine gepflasterten und (früher) sauberen und gut in Ordnung gehaltenen Straßen gäbe. Und daß es vieles, vieles andere, was jetzt diese Stadt vor allen anderen Städten Polens auszeichnet, nicht gäbe. Und vor allen Dingen gäbe es dann eines nicht: den von deutscher Zeit her „infizierten“ Geist der hiesigen Bevölkerung —, den Geist, der ja auch von polnischer Seite und auch von sehr hoher polnischer Stelle als das besondere Merkmal der Bevölkerung dieses Gebiets anerkannt wurde, den Geist der Arbeit, der Ordnung, der Achtung vor Gesetz und Recht.

Das sind die „kaum noch wahrnehmbaren“ Spuren des Deutschtums. Würde der Herr Ministerpräsident sie wirklich weg? Was gäbe es hier, wenn diese Spuren hier nicht vorhanden wären?

Waren die Polen bessere Psychologen, dann hätten sie sich wohl gehütet, Leute hinauszudringen, die solche Spuren hinterlassen, und wäre der Herr Ministerpräsident ein besserer Psychologe, dann hätte er wahrscheinlich das Wort im Busen bewahrt, das vorschnell seinem Munde entfuhr.

Der Tag der Wilnaer Wahlen.

Der Erlass Źeligowskis.

Wilna, 2. Dezember. Der Oberbefehlshaber der Truppen Mittellitauens veröffentlichte am 30. November d. J. einen Erlass über die Festsetzung des Wahltages zum Wilnaer Sejm als der Versammlung der Vertreter des Wilnaer Gebietes zur Kundgebung des Volkswillens und über die Übergabe der Oberherrschaft an den Präsidenten der vorläufigen Regierungskommission, Herrn Alexander Meystowicz. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

Als Tag der Wahlen zum Sejm in Wilno als der Versammlung der Vertreter des Wilnaer Gebietes zur Kundgebung des Volkswillens dieses Gebietes bestimme ich den 8. Januar 1922. Aus allgemein politischen Gründen der gegenwärtigen Lage und wegen der in Kürze stattfindenden Wahlen in Wilna wurde dem Präsidenten der vorläufigen Regierungskommission Herrn Alexander Meystowicz die gesamte Oberherrschaft in Mittellitauen übertragen (Erlass Nr. 1 vom 12. Oktober 1920 über die Festsetzung der Behörde in Mittellitauen). Insbesondere wird ihm die Herausgabe eines Erlasses über die Wahlordnung übertragen, deren Bearbeitung der vorläufigen Regierungskommission durch meinen Erlass vom 12. November d. J. aufgetragen wurde; auch übergebe ich ihm die Durchführung aller Angelegenheiten, die mit der Einberufung des Sejms in Wilna zusammenhängen. Lucian Źeligowski, Oberbefehlshaber der Truppen Mittellitauens, Wilna, den 1. Dezember 1921.

Wilna, 2. Dezember. General Źeligowski gab an die Bewohner des Wilnaer Gebietes einen Aufruf heraus, in dem er an den Zeitraum der Übernahme Wilnas durch die Söhne dieser Erde erinnert und an die Bürger appelliert, daß sie an den Wahlen zum Sejm am 8. Januar teilnehmen und alle Parteizwistigkeiten ruhen lassen sollen, die in diesem entscheidenden Augenblick nicht angebracht sind.

Am vorigen Montag fand im Stadtsaal eine Feier zu Ehren des Generals Źeligowskis statt, die von der Bevölkerung veranstaltet wurde. An der Feier nahmen gegen tausend Menschen teil, darunter die Vertreter der Zivil- und Militärbehörden, die katholische Geistlichkeit, die russische Geistlichkeit, das Rabinat und die Vertreter aller jüdischen, der südlichen und weissrussischen Bevölkerungsschichten. Die Feier dauerte bis zum späten Abend.

Die Wahlbewegung hat schon im ganzen Wilnaer Gebiet begonnen. Die Agitation in der Provinz wird von den Soldaten der nationalen Volksvereinigung, der polnischen Volkspartei und dem Bündnis „Wiedergeburt“ geleitet. Der Nationalblock bildete in Wilna ein polnisches Generalwahlkomitee. Wahrscheinlich werden in Wilna vier oder fünf polnische Wahlzonen eingerichtet werden. Es herrscht allgemein das Bestreben vor, eine Mäßigung der Wahlkämpfe herbeizuführen. Die Veröffentlichung der Wahlordnung wurde aus technischen Ursachen etwas verspätet. Dies wird jedoch keine Verzagung der Wahlen bewirken.

Die Folgen von Washington.

Die französische Heeresverstärkung.

Paris, 3. Dezember. Nach dem Bericht des Heeresausschusses der Kammer wird Frankreich mit den Atomien am 1. Januar 1922 820 000 Mann unter den Waffen haben, nach der Entlassung der Jahressklasse 1920 jeweils 661 000 Mann. Im November wird das Heer wieder die Stärke von 880 000 Mann erreichen.

„Flottenabstimmung“.

London, 3. Dezember. Neuer Zweig geht der französischen Standpunkt dahin, daß nichts dagegen einzuwenden ist, daß Italien eine ebenso große Flottenstreitmacht besitzt wie Frankreich, d. h. 300 000 Tonnen an Großgeschützern und 75 000 Tonnen an U-Booten.

Japan und die Flottenfrage.

Washington, 2. Dezember. (Teil II.) Die günstige Stimmung, die durch die Nachricht, daß Japan mit dem 6 prozent. Vorschlag sich begnügen würde, heraustraten worden ist, ist wieder verschwunden infolge einer Erklärung Japans, daß Japan seine Vereinbarung abholen ein Minimum von 70% der amerikanischen und englischen Großarmee haben müsse.

Die Vergangenheit der Kommission der Marine-

jahverständigen.

Washington, 2. Dezember. (Teil II.) Die Kommission der Marineverhandlungen ist vertragt worden. Die Vergangenheit soll mit der Erklärung des japanischen Sachverständigen Kato zusammenhangen.

Übernahme der Danziger Bahn durch Polen.

Am Donnerstag vormittag fand im Sitzungssaal der Eisenbahndirektion in Danzig die feierliche Übernahme der Danziger Eisenbahn unter polnische Verwaltung und die Bezeichnung der bisherigen Danziger Beamten als Beamte des polnischen Staates statt. Von polnischer Seite nahmen teil der Leiter der Eisenbahndirektion Danzig Gąsiorowski und der Deputationschef im Eisenbahnamministerium W. Sobel.

An Tage vorher hat der Senatspräsident die Beamten der Danziger Eisenbahnverwaltung von ihren Posten entbunden. Dieser Akt hat im Augenblick nur normale Bedeutung, da mit geringen Ausnahmen alle bisherigen Eisenbahnbeamten vorläufig bis zum 1. April 1922 in den polnischen Dienst übertragen. Diese Beamten werden das Recht haben bis zum Jahre 1925 nach Deutschland zurückzufahren. Die Eisenbahnbeamten wurden am 1. Dezember durch Polen übernommen. An diesem Tage fand auch die Registrierung aller Wagen statt, die in Danzig vorhanden sind, und zwar sowohl der polnischen als auch der Danziger Personen- und Güterwaggons. Im Sinne der Entscheidung des Oberkommissars des Volkes und des polnischen Dienstes dagegen dem Kaiseramt zu. Die Inschriften „Freie Stadt Danzig“, die sich bisher auf den Danziger Bahnen befanden, werden für die Wagen die Polen zulassen, durch die Inschrift P. K. P. (polnische Staatsbahn) ersetzt.

Die Memeler Frage.

Kowno, 2. Dezember. Der litauische Sejm wird sich in den nächsten Tagen infolge einer Interpellation der Sozialdemokraten mit der Memeler Frage beschäftigen. Die Sozialdemokraten verlangen eine klare Auskunft über die Bedingungen, unter denen Memel in den litauischen Staatsverband aufgenommen werden könnte. Diese Interpellation ist auf die von der polnischen Presse nachdrücklich verbreiteten Gerüchte zurückzuführen, die Litauische Regierung wissen lassen, daß eine Einverleibung Memels in Litauen nur im Falle einer Verständigung Litauens mit Polen im Sinne des Hymanprojektes zu erwarten sei.

Valuta und Memel.

Danzig, 2. Dezember. Die „Danziger Zeitung“ berichtet aus Kowno: Über die Einführung einer eigenen Valuta in Litauen sprach der Finanzminister Galvanauskas im Kownoer Sejm. Er erklärte unter anderem: Litauen kann die deutsche Valuta nur durch Gründung einer eigenen Emisionsbank, die auf wirtschaftlich-finanzieller Grundlage beruht, loswerden. Die Regierung schlägt als Einheitswährung den Dollar bzw. seinen bündnerischen Teil, den Cent vor. Der große Zustrom amerikanischer Geldes in Litauen spricht ebenfalls für die Einführung dieser Valuta. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann eine Befreitung von den deutschen finanziell-wirtschaftlichen Einflüssen nur eine teilweise sein. Die Bildung einer eigenen Valuta wird der erste Schritt in dieser Richtung sein. Man müßte sich jedoch auf einen Kampf reich machen, den die deutschen Banken durch Spekulation mit litauischer Valuta auslösen werden. Dieser Kampf wird nicht leicht sein. So muß auch bei der Gründung einer litauischen Emisionsbank alles getan werden, um diese Bank vor dem Einfluß der deutschen Banken zu schützen. Eine vollkommene Freiheit Litauens vom wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands — so endete der Ministerpräsident — wird nur dann möglich sein, wenn Litauen Memel erhält.

Die Reparation.

Die Frage des Moratoriums für Deutschland wird im Zusammenhang mit den Verhandlungen Rathenaus in London sowohl von der französischen als auch von der englischen Presse lebhaft erörtert.

Der „Matin“ meldet aus London, Rathenau habe in seinen Verhandlungen mit den britischen Behörden die Einberufung einer internationalen Konferenz vorgeschlagen, um die Reparationsfrage zu behandeln; er sei der Ansicht, daß Deutschland, wenn es eingeladen würde, vor einer internationalen Konferenz erscheinen, nur auf dem Fuße der Gleichheit diskutieren könne, auf den es ein Anrecht habe.

In den Kreisen der Downingstreet berichtet der Korrespondent weiter, erklärte man, daß, wie auch die Politik des britischen Kabinetts sein werde, diese nicht angewandt werden könne, ohne daß ein detaillierter Vorschlag zunächst der Reparationskommission vorgelegt habe, die ihren Sitz in Paris hat und der außer England und Frankreich, Italien und Belgien angehören. Aus sehr guter Quelle glaubt der Korrespondent weiter mitteilen zu können, daß Lloyd George unter dem Druck der Finanzleute der City sein Möglichstes tue, damit Deutschland ein Moratorium erhalten, aber nur, wenn Deutschland seinen guten Willen gezeigt hat, indem es die Zahlung am nächsten 1. Januar vollkommen leiste.

An leitenden englischen Stellen macht man darauf aufmerksam, daß Frankreich für den Fall, daß irgend ein Moratorium angenommen wird, in einer etwas privilegierten Stellung gegenüber den anderen Verbündeten sei, auf Grund der Leistungen, die ihm das Abkommen Loucheur-Rathenau garantieren. Frankreich würde das Projekt eines Moratoriums erstmals verwerfen für den Fall, daß England seineseits ein Abkommen in der Art von Wiesbaden treffen, um sich selbst zu retten in der Furcht, daß Deutschland sofort seine Zahlungen einstellen werde.

In Amerika hat nach der „Daily News“ die Erklärung des französischen Delegationsführers Viviani betreffs vorläufiger Nichtzulassung Deutschlands zu einer Wirtschafts- und Finanzkonferenz einen sehr schlechten Eindruck gemacht. „New York Times“, ein sonst französisches Blatt, schreibt: „Es ist kaum möglich, daß Frankreich die Wiederherstellung der europäischen Valuten durch eine britische Regierung, Deutschlands Sachverständige zu hören, verhindern will; nach den Aufzettungen, die französische Finanzleute gemacht haben, wünscht die Pariser Regierung eine Gesundung der europäischen Geldwirtschaft. Vivianis Erklärung wäre, wenn sie aufrecht bliebe, ein Unglück für Europa. Die Vereinigten Staaten sind bereit, dem Patienten zu helfen; wenn er sich aber weigert, die dargebotene Hilfe zurückweist, so vermag auch der beste Wille nichts zu tun.“

In dem liberalen „Manchester Guardian“ schreibt Lord Shaftesbury: „Wenn die Washingtoner Konferenz nicht den Erfolg hat, in der nächsten Zeit eine internationale Tagung zur Regelung der deutschen Entschädigungsfragen einzurufen, dann gehen wir mit absoluter Sicherheit dem deutschen Zusammenbruch im März — ein Jahr nach der Londoner Finanzkonferenz — entgegen und kriegerischen Verwicklungen.“

Die Notlage der Deutschen in Wolhynien.

Eine Sejm-Interpellation.

Die Abg. Spidermann, Fries, Heide und Sykiet von der Deutschen Vereinigung im Sejm und andere Abgeordnete richteten an den Herrn Ministerpräsidenten und die hohe Regierung nachstehende Interpellation:

In Wolhynien sind durch den Weltkrieg mit die damit verbundenen Ereignisse für die dortigen Bewohner schwere materielle Verluste entstanden, unter denen die deutschen Kolonisten am schwersten zu leiden haben, denn sie sind von ihren Ansiedlungen von den Russen entfernt und ins Innere Russlands vertrieben worden und mußten ihr Hab und Gut dem Schicksal überlassen. Als sie endlich nach langem Leid die Möglichkeit hatten, in die Heimat zurückzukehren, fanden sie entweder verwaiste Dörfer oder andere in ihren Besitzungen vor. Während der deutschen Okkupation gelang es, einem Teil ihr Hab und Gut wieder in Besitz zu nehmen, aber ein sehr großer Teil hatte erst die Möglichkeit, nach dem Rigauer Friedensvertrag zwischen Polen und Sovjetrussland zurückzukehren und gerade diese und die nach Deutschland ausgesiedelten, sind am schwersten betroffen worden. Die Verhältnisse in Wolhynien sind, was Gesetz und Ordnung betrifft, geradezu trübselig. Niemand weiß, woran er ist und wen er sich in seiner Not wenden soll. Dort, wo die Kolonisten das Land besitzen oder besessen haben, wird denselben das Land unter den Füßen verkauft, oft mit den darauf befindlichen Gebäuden, die doch Eigentum der Pächter sind. Kaufverträge werden nicht eingehalten. Mit Zinsländereien, den sog. ewigen Pachtverträgen wieczny czynsz, wird genau so verfahren. Die Grundbesitzer verkaufen und verpachten willkürliche und vertreibt die Kolonisten aus ihren Wirtschaften. Die Verwaltung, als Ganzes, ist nichts oder wollen nichts tun, um den geraden willkürlichen Zuständen einen Damm zu setzen.

Es würde zu weit führen, in dieser Interpellation alle Fälle namentlich aufzuführen, da die Zahl derselben Tausende beträgt.

Infolgedessen fragen wir die hohe Regierung:

1. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, daß zwischen Grundbesitzern und Pächtern wieder Rechtsverhältnisse eintreten und die Pächter vor Willkür geschützt und nicht von ihren Pächtern entfernt werden.

2. Wo andere in diesen Pachtungen stehen, daß sie dieselben wiederherstellen.

3. Das Kaufverträge anerkannt und respektiert werden.

4. Damit allen alten Pächtern und wo sie Ansiedlung haben, das Verkaufsrecht gesichert wird, haben sie doch den Boden urbar gemacht und mit ihm Schutz gesucht.

** Ein Reichseisenbahnenparlament? Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen zufolge ist im Reichsverkehrsministerium der Entwurf zur Reform der Reichseisenbahnen fertiggestellt. Der Grundgedanke ist die Lösung des Verkehrsministeriums aus dem allgemeinen Staat. Ferner wird geplant, die Angliederung eines Generalrates an das Reichsrat. In diesen Generalrat soll die Reichsregierung der Reichstag, die Eisenbahnbeamenschaft und die Wirtschaft vertreten sein.

** Aus dem Reichsrat. Der Reichsrat hielt Donnerstag eine öffentliche Sitzung ab. Dem Beschlüsse des Reichstages zu dem Gesetz über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern aus der Invalidenversicherung summte der Reichsrat zu. Angenommen wurde auch die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Versicherungsgesetz für Angestellte. Anträge Bayerns und Preußens betreffend Erhöhung der Tarife im Eisenbahn-Bahnhofverkehr wurden vom Reichsrat in der Form angenommen, daß das Reichsverkehrsministerium erachtet werden soll, die Tarife der Personenbeförderung für den Bahnhofverkehr, namentlich im Umlauf von Großstädten und für den Aufzug, Ferien- und Bäderverkehr erneut einer Prüfung zu unterziehen. Die Giegebühren für Eisenbahnwagen wurden weiterhin erhöht. Der neue Tarif sieht eine gewisse Staffierung vor. Der Reichsrat hat die Anerkennung vorgenommen, daß die und setzte, also auch die Magazin-zollerei bleibt bestehen. Dagegen wurde der Antrag des Abgeordneten Schlaak (Zentrum) angenommen, der die Reichsregierung auffordert, in den Organisationen der Landwirtschaft zwecks Erwerbung von einer Million Tonnen Brotaufzehrung für Erhöhung der Wehrkraft zu verwenden.

** Kein Konflikt der Reichsregierung mit Bayern. Zu der Frage der Überwachung des Bayerischen Strafvollzuges durch das Reich erhält die "Münchener Augsburger Abendzeitung" von ihrem Berliner Vertreter eine längere Information, in der zusammenfassend gesagt wird, daß man in den Kreisen der Reichsregierung nicht geneigt sei, einen Konflikt mit Bayern über dessen Justizhoheiten herbeizuführen.

** Ausstände in Berlin. Am Dienstag sind etwa 500 laufmännische Angestellte der Berliner Elektricitätswerke und des Ostbahnhofs in den Streik getreten. Über Erwartungen haben die technischen Angestellten sich ihnen angeschlossen und mittags um 2 Uhr die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen wurde der Betrieb der elektrischen Straßenbahn zum Teil lahmgelegt. Verhandlungen zwischen den Streikenden und dem Magistrat führten jedoch bald zu einer vollen Einigung. Die Forderungen der Streikenden wurden im wesentlichen angenommen. Die Streileitung beschloß den sofortigen Abbruch des Streikes. Noch in der Nacht erfolgte wieder die elektrische Stromabgabe. Infolge des durch den Streik hervorgerufenen Mangels an elektrischer Kraft sinkt am Mittwoch die Morgenblätter zum Teil in verringertem Umfang, zum Teil, wie die "Germania", "Börsenzeitung" und "Deutsche Zeitung", gar nicht erschienen. Am Montag traten die Portiers, Fahrstuhlführer und Heizer in den Gewerkschafts- und Industriehäusern wegen Lohnforderungen in den Ausstand.

** Eine Rede des Kommunisten Eberlein. Der kommunistische Abgeordnete Eberlein, der in den neuerrichteten "Borswärts"-Institutionen eine Rolle spielt, erklärte gestern in einer Versammlung seiner Parteigenossen u. a., daß er persönlich in Mitteleuropa, in Halle, Sprengungen verhindert hätte. Ferner behauptete Eberlein, daß der wegen verdeckter Sprengung der Siegesallee zu acht Jahren Buchstaus verurteilte Jerry von der Regierung heimlich aus dem Gefängnis entlassen worden ist.

** Das Geheimnis vom Brinkenhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberrecht 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 30).

(Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

II.

In dem sonnigen Garten hinter dem Brinkenhof, wo die Aprikosse sich alle Mühe gab, die ersten grünen Sprühchen aus der braunen Erde zu locken, spielten die beiden Kinder des jungen Brinkners. Michel, ein vierjähriger, bildhübscher Knabe und das zarte, blonde Grelein.

Marei, die Schwester Justinas, die seit der Eltern Tod auf dem Brinkenhof lebte, behütete sie.

In nichts glich die kaum Siebzehnjährige der energischen, dunkelhaarigen Schwester. An Marei war alles weich und zart. Fast doppelt, seit sie einem begegnet war, der ihr schüchternes Herz geweckt hatte. An ihn — den stattlichen Konrad Fercher, der seit kurzem bei seiner verheirateten Schwester, der Schneiderin Glödel, im Nebenhaus des Brinkenhofes wohnte — dachte sie auch jetzt, während die Kinder zu ihren Füßen in der feuchtwarmen Erde wühlten.

Fercher war drüber in der Ebentaler Kunstmühle angestellt, wie sein Schwager Glödel auch. Er hatte seinen guten Verdienst und konnte jeden Tag heiraten, wenn er wollte.

Aber — wollte er? Wenn er mit Marei allein war,

sagten seine Augen: Ja! Aber wenn es dann wieder Streit

im Hause gab und Justinas scharfe Stimme in allen Ecken widerhallte, dann fürchte sich seine Stirn und seine Stimme wurde kühler, seine Miene nachdenklich.

Marei fühlte deutlich, daß er dann baran dachte, wie

schrecklich ihm solch eine Frau wäre, und daß sie doch leider

Justinas Schwester war... und daß er fürchtete, sie könnte

als Frau werden wie sie!... Wenn Justina doch nicht

alles gar so scharf nehmen würde! Immer faul, immer nörgeln — es war kein Wunder, daß der Groß-

vater dann auch so wurde mit ihr und ein Wort das andere gab! Und er war doch im Grunde ein braver, guter Mensch, der alte Herr Freilich, zum Niemand im Haus läßt sich keiner machen, der vorher als Herr im ganzen Markt respektiert worden war.

Sie wurde aus ihren Gedanken gerissen durch eine Bewegung der Kinder zu ihren Füßen.

"Der Großvater! Der Großvater!" hatte Grelein gerufen und trippelte schon quer über ein Gartenbeet auf ihn zu. Denn sie war sein Liebling, und das kleine blonde Dirnlein hatte niemand im Haus so lieb wie den alten Mann, der schöne Geschichten wußte und immer irgendwo einen Zuckertiegel bereit hatte für sein "Greti-Käti".

Auch der Vub folgte eilig. Der Großvater hatte den "Ausgehut" auf. Vielleicht nahm er ihn mit.

Aber der alte Brinkner hatte heute kein Auge für seine Enkelkinder. Selbst sein "Greti-Käti" wies er ab, als es sich an ihn schmiegen wollte.

"Schon gut. Schon gut. Laßt mich nur in Ruhe. Ich habe keine Zeit heute für Euch!"

Damit war er schon beim rückwärtigen Gartenpförtchen hinaus und schlug den Feldweg ein, der hinter dem Markt zum Anwesen seines Amtsnachfolgers Peter Greinbacher führte.

Sechs Augen starrten ihm verwundert nach. Die der Kinder, weil sie nicht begriffen, warum der Großvater keine

Zeit für sie hatte, und die Mareis, weil sie erst jetzt bemerkte, daß der Alte heute vom Kopf bis zum Fuß in feierliches Schwarz gekleidet war, was nur geschah, wenn er

beim Ebentaler Mühlenbesitzer geladen war oder sonst

einen wichtigen Besuch vor sich hatte.

Aber er ging gar nicht gegen Ebental zu. Der Weg,

den er eingeschlagen, führte nur zu Bürgermeister Greinbachs Haus.

Brinkner wollte in der Tat dorthin. In der Nacht

hatte er sich alles zurechtgelegt. Es ging nicht mehr so

weiter. Ob nun aus seiner geplanten Heirat mit Berta

Kreibig etwas wurde oder nicht — unter einem Dach mit

der Schwiegertochter blieb er keinesfalls länger. Möchte sie die zwei Stuben samt Küche vermieten und ihm für

sein Recht daran eine Entschädigung zahlen. Wohnen konnte er anderswo friedlicher, und zu leben hatte er ja

Die Kinder? Auch an denen war ihm die Freude vergangen durch sie. Gar nicht ansehen hätte er sie heute mögen — weil es Justinas Kinder waren.

Erregt setzte er das alles dem Bürgermeister auseinander.

"Du mußt es durchsetzen, Greinbacher! Ich mag mich

mit dem Weibsbild gar nicht mehr einlassen in Reden und

mit dem Andress auch nicht. Vergriffen hat er sich gestern

nacht an mir!"

Der Bürgermeister suchte ihn zu beruhigen. "Zeit lassen,

Brinkner, Zeit lassen! Wird sich schon alles geben. Vorderhand seid Ihr alle aufgereggt. Lasst ein paar Tage verstreichen, dann rede ich mit Ihnen."

Vom Bürgermeister ging Brinkner ins Hotel zur Sonne. Dort traf er im Flur mit seiner Tochter Toni zusammen, die mit dem Geschäftsleiter im Gespräch war.

Sie errötete, als sie der Vater fragte, was sie denn

hier tue?

"Nach Maria-Hilf will ich Wallfahrt machen, Vater, da hat

mir der Herr Foregger gebeten, eine Botschaft mitzunehmen

an seinen Vater, der dort eine Gastwirtschaft hat."

"So, so. Na, schön. Dann richte sie halt aus. Und

bete fleißig dort, Toni — für uns alle! Hast ja Zeit dazu!"

Zwischen Ernst und leisem Spott war's gesagt. Denn

er wußte es so gut wie der ganze Markt: Seit Toni

Mann, der Gendarmerieführer, nach kaum einjähriger Ehe

im Dienst von einem Betrunkenen erstochen worden war,

hatte sich die junge Witwe aufs Frommsein verlegt...

aber auf kein gutes Frommsein. Sie ging nirgends hin

als in die Kirche, betete stundenlang und hatte ihr Zimmer

wie eine kleine Kapelle eingerichtet. Aber ihr Herz war

hart und un duldsam dabei. Sie kümmerte sich weder um

ihren Vater noch um die Kinder ihres Bruders, und wenn

sie über andere sprach, geschah es in liebloser Weise.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der polnischen Presse.

Der "Kurjer Poznański" vom 26. November polemisiert gegen den Krakauer "Czas" folgendermaßen:

"Unsere Chmälcons". Die Taktik der einzelnen politischen Parteien in Polen ist manchmal voller merkwürdiger und bewundernswerter Rätsel. Eines der kompliziertesten und anscheinend zu Lösung schwierigsten Rätsel ist der geradezu außerordentliche Wechsel in den Anschaulungen über dieselbe Frage. Was gestern weiß war, ist heute schwer. Alle Farben sind vorräufig, damit im gegebenen Falle die Partei mit Hilfe ihres Parteidrucks die Farbe ans Licht ziehen kann, die sie für die richtige erachtet. Wir erinnerten manchmal an den wütenden Standpunkt des gegen den Sejm gerichteten Krakauer "Czas", des Organs der Krakauer Konservativen. Er schlug den Gedanken der Sejmauflösung vor, für den er niemals genug Worte der Kritik und des größten Übereinklangs fand, und dafür trat er mit der Möglichkeit — einer Diskussion vor.

"Irgend eine rechtliche Regierung muss erstehen" — so schreibt der "Czas" vom 17. September 1921 anlässlich der Kabinett-krise nach dem Rücktritt Witos — "denn wenn keine rechtliche Regierung aufkommt, so werden früher oder später eigenmächtige Regierungen gebildet werden. Wir kennen nur noch ein Mittel für die Bildung einer rechtlichen Regierung für den Fall, daß der Sejm unfähig wäre, ein Kabinett aus seinem Schöpfer zu bilden. Dieses Mittel ist nämlich die Auflösung des Sejms mit gleichzeitiger Einberufung irgend eines Übergangsorgans, das 1. neue Wahlen durchführen, 2. zwei Wahlordnungen zum Sejm und Senat ausarbeiten und veröffentlichten und 3. die dringendsten laufenden Fragen erledigen soll."

In der nächsten Nummer stellt der "Czas" mit Verdauern fest: "Die Souveräne wissen sich mit dem Regierungssprivileg, das sie sich angeeignet haben, keinen Rat und haben weder den Mut, noch die Kraft, um zum Wohle des Staates darauf zu verzichten."

Wir stellen also fest — und bitte dieser Art können wir noch mehr bringen — daß der "Czas" sich in deutlicher Weise schon im September für die Auflösung des Sejms ausgesprochen hat, wobei die "Notwendigkeiten" dieser Meinung nicht widersprechen."

Heute dagegen ändert der "Czas" ständig seine Meinung. Sicher ist, daß er zu vorsichtig und erfahren ist, um diese Meinung zu deutlich zu äußern. Auch heute zählt er noch alle Krankheiten des Sejms auf. Aus diesem Anlaß wäre eine schnelle Auflösung augenscheinlich angebracht. Dies ist aber sein theoretischer Standpunkt. Wo er von dem Märztermin der Sejmauflösung spricht — auf diesen Standpunkt stellte sich der nationale Wahlverband — führt er praktisch eine Reihe von Angelegenheiten an, die der Sejm erledigen müsse, und schreibt am 24. d. Ms.:

"Wenn wir berechtigte Wünsche beiseite lassen, muß festgestellt werden, daß sehr wenige Chancen vorhanden sind, daß dieses gewaltige Programm in drei Monaten erfüllt werden kann, und daß man eher mit der Tatsache rechnen muß, daß der Sejm nicht einmal im Verlaufe des Winters dieses Programms Herr wird. Wenn man unter beiden Ufern wählen soll, das ist; ob man mit einem in den letzten Bürgen liegenden Sejm arbeiten oder eine ganze Reihe von Angelegenheiten nicht erledigen soll, ohne die die Wahlen und der künftige Sejm eine fatale Niederlage erleiden würden, wird sich sicher sowohl die Regierung als auch der Sejm für das kleinere Ubel d. h. für eine Verlängerung der gegenwärtigen Sejmssessionen aussprechen."

Einen Tag vorher brachte der "Czas" eine Korrespondenz aus Warschau, in der wir wörtlich lesen:

"Die Mehrzahl der Parteien nimmt mit großer Reserve die Aktion der nationalen Demokratie an, die eine Einschränkung der Sejmaufgaben, mindestens auf die Wahlordnung, fordert, und steht auf dem Standpunkt, daß der Sejm vor Erledigung einer ganzen Reihe von Notwendigkeiten nicht aufgelöst werden könne. Wie man in Zentrumstreien rechnet, werden diese Notwendigkeiten nicht vor dem Herbst erledigt sein und die Wahlen können vorher nicht stattfinden."

Nach der Ansicht des "Czas" ist also die Weiterdauer des Sejms für ungefähr ein Jahr, dessen Sejms, der eventuell mit seiner Auflösung im September schon gerechnet hat, obwohl auch damals die "Notwendigkeiten" bestanden, wie heute augenblicklich das "geringste Ubel". Nicht langer Zeit also bedarf es, damit der "Czas" seine Anschaulungen ändern kann. Und vielleicht erhoffte der "Czas", der mit dem Verteidiger das föderative Liedlein in der litauischen Angelegenheit sang und singt, durch die Sprengung des Sejms eine leichtere Durchführung seiner Einfälle. Heute, wo wir die Sejmaufhandlungen schon hinter uns haben, hat der Sejm aufgehört, für den "Czas" ungewöhnlich zu sein. Fürwahr, noch niemand hat gesagt, welche Farbe in Wahrheit dies Chamäleon hat. Es kann sein, daß es keine Farbe hat, aber es kann auch sein, daß es eine Farbe hat, "von der man nicht spricht". In jedem Falle ergibt sich hieraus für die allzueifigen Schüler und Anhänger des "Czas" — und es gibt solche auch auf dem Posener Boden — die Lehre, daß sie sich nur nicht zu sehr vergaloppieren, — da es vorkommen kann, daß der "Czas" schon grün wurde und sie in derselben Zeit noch violett sind oder umgekehrt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 3. Dezember.

Die Kälte.

Der meteorologische Mitarbeiter der "Danz. Neuest. Nachr.", Lehrer Pauliuk, schreibt dem genannten Blatte über den Eintritt der heftigen Kälte folgendes:

Schon zum dritten Male überrascht uns der Winter im November. Ein Analogon in diesem Jahrhundert liegt nicht vor. Nur 1912 hatten wir anfangs November Schneeböschungen und Frost auf 8 Tage. 1908 war der ganze Monat winterlich. Welches Geheimnis steckt hinter der leitjährigen dreimaligen Regelmäßigkeit? Ein Sonnenflecken-Maximum oder -Minimum ist nicht vorhanden. Welche anderen Einflüsse können hier mitsprechen? Bemerkenswert ist, daß seit 1919 jedesmal das aufstrebende erste Mondviertel im November stets Frost mit sich brachte, wenngleich das auch im Vorjahr nicht so scharf ausgeprägt war wie diesmal. Für die Kartoffelförderung ist die Frage der nächstmöglichen Witterung wichtig. Wie lange dauert das gegenwärtige Wetter? Da in den letzten Jahren mit dem kommenden Neumond nichts Weiter einschießt, ist auch jetzt vom Ende November, nachdem der Frost beim letzten Viertel vorüber ist, auf etwa 8 Wochen geringe Witterung zu hoffen. Der letzte September wollte uns den frühen Winter verkündigen. Der Oktober trieb durch seine Hitzewelle mit uns sein Narrenspiel, daß wir auf solchen Sturm nicht gefaßt waren. Der Dezember wird zeigen, daß das, was gewesen ist, wieder kommt. Die Gelehrten mit ihrer Verheißung eines warmen Zeitalters scheinen nicht recht zu haben.

* Das Strassenpflaster in Posen läßt bekanntlich allgemein in den mit Asphalt versehenen Straßen recht viel zu wünschen übrig. Am übelsten ist jedoch in dieser Hinsicht die ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstraße) von der ul. Sw. Marcin (fr. St. Martinstr.) bis zum ehemaligen Rittertor daran. Hier fehlen große Flächen des Asphalt's vollständig, so daß das Unterpflaster, sog. Kopfsteinpflaster, bloßgelegt ist und Insassen von Tagen oder Kraftwagen das Vergnügen einer Berg- und Talbahn unentgeltlich genießen können, während Fußgänger namentlich des Abends bei der spärlichen Beleuchtung in Gefahr schweben, Beinbrüche zu erleiden. Die Kosten für die gründliche Wiederherstellung des Pflasters in dieser Straße würden sich zurzeit auf mehrere Millionen Mark belaufen, diese aber aufzuwenden wird die Stadt bei ihrer

ungünstigen Finanzlage gar nicht in der Lage sein. So muß man sich gegenwärtig mit dem einer Großstadt unangemessenen Zustande zufrieden geben.

Stundenplan der volkstümlich-wissenschaftlichen Vorträge. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Änderungen in den Vorlesungen wird folgender Stundenplan zum bequemen Zu-rechtsfinden für die Besucher veröffentlicht. Es sei vorausgeschickt, daß sämtliche Vorlesungen und Übungen allwochentlich stattfinden; Einzelvorträge werden besonders bekanntgegeben, ebenso notwendige Änderungen. Es findet statt:

Montag 6—7 Chemie in Küche und Haushalt (wochentlich, nicht 14-täglich). 7—8 Sprache, Sprechkursus. 8—9 Greif, Englischer Sprachkursus I.

Dienstag 6—7 Stelter, Relativitätstheorie. 6—7 Gottschalk, Aus neueren Dichtern. 7—8 Dr. Beckmann, Kants Grundlegung zur ... 7—8 Regener, Kaufmännische Buchführung. 8—9 Regener, Geld-, Bank- und Börsenweisen.

8—9 Greif, Englischer Sprachkursus II.

Mittwoch 6—8 Lehrgang für Deutsch und Heimatfunde. 8—9 Greif, Englischer Sprachkursus I.

Donnerstag 6—7 Dr. Steuer, Das Problem des Ubens. 6—7 Dr. Gottschalk, Aus neueren Dichtern. 7—8 Behrendt, Kultur des Mittelalters. 8—9 Dr. Knabe, Expressionistische Dichtung.

Freitag 6—7 Dr. Blau, Christlicher Glaube und moderne Zweifel. 7—8 Dr. Buchta, Dante. 8—9 Greif, Englischer Sprachkursus II.

Sämtliche Vorlesungen finden bei freiem Eintritt statt mit Ausnahme des englischen Sprachkursus für Fortgeschrittenen.

Weihnachten!

Unter den mannigfachen Geschenkartikeln zum Feste wird stets ein gutes Buch auf dem Weihnachtsische große Freude bereiten. Wir empfehlen die noch vorräufigen Bände unserer Verlagswerke zu diesem Zweck und haben sie in unserm Geschäftslökle zur Auswahl bereitgestellt.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, ulica Zwierzyniecka (Tiergartenstraße) Nr. 6.

Das nächste (sechste) Sinfoniekonzert im Großen Theater findet am Sonntag dem 11. Dezember um 8 Uhr abends statt. Zur Aufführung gelangt die Sinfonie "Polonia" von Emil Mlynarski und das Violinfestival von Karlowicz, ausgeführt von Herrn Barciewicz aus Wronki.

Wagner's "Walküre" wird am Sonntag, den 18. Dezember im Großen Theater zum ersten Mal in Aufführung gegeben. Als Einührung wird demnächst im Theater ein Vorraum des Warschauer Musikvereins "Solidarnosc" über Richard Wagner stattfinden. Der Vorraum wird durch vorgespielte und vorgetragene Beispiele musikalisch illustriert werden, zu deren Abschluß Herr Kapellmeister Wojciechowski und die Overmitglieder Karol Szarońfa Herr Bedlewski und Herr Urbanowicz gewonnen worden sind. Eintrittskarten für den Vortrag sind schon jetzt bei Szebronyk ul. Bank 1, zu haben. Die musikalische und szenische Leistung der Aufführung der "Walküre" liegt in den Händen des Direktors Dolnicki.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Da noch nicht allgemein bekannt ist, daß Herr Dr. Gottschalk seine angekündigten Vorträge doch halten wird, sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorlesungen "Aus neueren Dichtern" Dienstag und Donnerstag von 6—7 Uhr wöchentlich und zwar zunächst im deutschen Gymnasium stattfinden werden.

Der Deutsche Theaterverein hält am nächsten Freitag, dem 9. d. Ms., in der Sieberischen Konditorei, Sw. Marcin 47 seine Monatsitzung ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hält Herr Hauptkristalleiter Straub einen Vortrag über Gehärtete Handtmann. Die Sitzung beginnt um 8 Uhr.

Goethes "Faust", 1. Teil, wird am Montag, dem 5. Dezember, im Saal des Zoologischen Gartens von Kräten des Theatervereins zum zweiten Mal gespielt. Eintrittskarten sind in der Vereinsbuchhandlung zu haben. Die Aufführung beginnt pünktlich um 6 Uhr.

Die Handelschule von Dr. Grothius beginnt, laut Anzeige in der heutigen Ausgabe, am 4. Januar in allen Abteilungen mit neuen Kursen. Meldungen sind rechtzeitig an den Schulreiter, Posen, Sw. Woiciech 29 (fr. St. Adalbertstr.) zu richten.

* Konzert. Das vom Verein deutscher Sänger veranstaltete volkstümliche Konzert beginnt morgen, Sonntag, nachm. 5 Uhr. Programmverlauf an der Saalkasse von 4 Uhr ab.

Die geheimnisvolle Kiste. Donnerstag abend traf auf dem bliesigen Bahnhof eine in Bielawa, Kreis Bromberg, aufgegebene und nach dem Kreise Mogilno bestimmte Kiste ein, die durch ihren gewaltigen Umfang und durch ihre Schwere die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zog. Sie wurde geöffnet und man fand darin einen Holzsarg mit einer Frauengleiche. Die sofort angestellten weiteren Ermittlungen ergaben, daß die Leiche keinerlei Verletzungen an sich trug, so daß die Frau zweifellos eines natürlichen Todes gestorben ist. Es ist anzunehmen, daß die Überführung der Leiche auf so sonderbare Weise vor sich gehen sollte, um die hohen Transportkosten, die mit einer regelrechten Leichenbeschränkung durch die Eisenbahn verknüpft sind, zu umgehen. Dieser Versuch dürfte den Absendern der eigenartigen Kiste schwere Kosten verursachen.

* Rogasen, 12. Dezember. Im November sind drei Einbrüche in die Speicherräume von Jacob Tannen verübt worden. Gestohlen wurden Zelle, Wolle und Rohzucker. — In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Einbruch diebstahl in das Materialwarengeschäft von J. Wieczorek verübt, bei dem Elster. Bigarenzigarett, Tabak usw. geholt wurden. — Allerdings wurden aus einem verschlossenen Speicher des Domänenpächters a. D. Pitschel Betten und Wäsche geholt. Als vor wenigen Tagen von diesem Gehöft eine große Holzplatte verschwunden war, fand die Polizei bei mehreren verdächtigen Personen zwar nicht die Platte wohl aber die Betten, aus denen bereits ein Teil der Federn herausgenommen war. — Der Preis des 3 Pfund-Brotes ist seit gestern von 150 Mark auf 120 Mark herabgesetzt worden.

* Inowrocław, 1. Dezember. Am nächsten Mittwoch, dem 7. Dezember, wird der Generalsuperintendent D. Blau unsere evangelische Gemeinde besuchen und nachmittags 5 Uhr in einem Abendsgottesdienst predigen. Im Anschluß daran findet eine Besprechung mit den kirchlichen Körperschaften statt. Am Donnerstag ist Pfarrkonvent. — Bei den am letzten Sonntag veranstalteten Kreistagswahlen im Kreise Inowrocław errang die bürgerliche Liste 18 Mandate, die Liste der Nationalen Arbeiterpartei dagegen 17 Mandate.

* Bromberg, 28. November. Ein schwerer Raubüberfall ist in der Nacht zum Sonnabend bei der Witwe Mathilde Grottkau verübt worden, die im Hause Danziger Straße 60 seit Jahren einen Obst- und Gemüseladen innehat. Nachts zwischen 3 und 4 Uhr drangen zwei Männer einer in Bibl. der andere in Soldatenuniform in die Wohnung ein, knebelten die Frau und raubten dann Kleider, Wäsche und alles bare Geld.

* Krone a. W. 28. November. Die goldene Hochzeit begingen dieser Tage die älteren August Schafflerschen Eheleute aus Neuhof in geistiger und körperlicher Müdigkeit. Der Jubilar zählt 75 Jahre, seine Gattin 69 Jahre.

Neues vom Tage.

S Dampferzusammenstoß bei Cuxhaven. Der Dampfer "Graf Hugo Stinnes" kollidierte beim Dampfer vor Cuxhaven mit dem Dampfer "Haveland". "Graf Hugo Stinnes" wurde auf Strand gesetzt.

S Bandu zum Tode verurteilt. Nachdem die Geschworenen fast sämtliche 48 Fragen, die ihnen gestellt waren, bejaht hatten, wurde der Kauan im Mörder Landru zum Tode verurteilt.

S Gewaltige Sprottenfänge in der Nordsee. Der Massenfang der Sprotten hat nunmehr eingezogen, nachdem die größeren Finkenwerder Hochseefischfutter auch in den Sprottenfang eingezogen sind. Gute ist der Massenfang von 10 dieser Kutter mit zusammen 200 000 Pfund Sprotten eingezogen worden. Diese große Zufuhr hat jedoch die Preise noch nicht allzu sehr gedrückt.

Börsenwochenbericht

der Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

Sind die Hoffnungen, die man in Deutschland auf die Anwendung der Reparationskommission in Berlin und die Kreditaktion des Reichsverbandes deutscher Industrie gelegt hatte, in der Vorwoche nicht in Erfüllung gegangen, so brachte die Berichtswoche in dieser Beziehung doch greifbare Ergebnisse. Die Reise des deutschen Großindustriellen Silmes und gesondert hierzu die des deutschen Wiederaufbauministers Blaithau nach London, haben im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Washington den Kurs der deutschen Mark im Auslande äußerst günstig beeinflußt, da die Möglichkeit eines Moratoriums der Zahlungen Deutschlands für 2—3 Jahre immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Infolgedessen ging der deutsche Markt in New-York sprunghaft in die Höhe. Gleichartige Bewegung an den anderen Auslandsbörsen folgte, so daß am Donnerstag die Kurse für Dollar und Pfund auf 185 bezw. 784 zurückgingen gegen einen Stand zu Wochenbeginn von 200 bezw. 103. Da sich jedoch die Meldungen von einem effektiven Beifall des Moratoriums als verfrüht herausstellten, zogen die Devisenkurse in Deutschland gegen einen Stand zu Wochenende wieder etwas an und notierten zuletzt 7260 für Gulden, 204,5 für Dollar, 804,5 für Pfund.

Die polnische Mark machte an den Börsen Berlin und Danzig diese Kursbewegung mit, ging zu einem Tiefstand von 5,65 zurück, um sich wieder auf 6,45 zu erhöhen. Die weitere Entwicklung der Kurse wird sich nach den positiven Ergebnissen der noch gepflogenen Unterhandlungen in London richten. Da die Bedingungen für die Annahme eines Moratoriums und sonstiger Erleichterungen der Zahlungen für Deutschland ziemlich scharf und in das Wirtschaftsleben einschneidend sein sollen, so läßt sich eine bestimmte Entwicklung in dieser Angelegenheit nicht voraussehen. Jedermann ist jedoch anzunehmen, daß bei einer Verwirklichung der Hoffnungen Deutschlands der Dollar kurs weiter rückgängig bleibt, was natürlich einen weiteren starren Rückgang der Kurse an der Berliner Effektenbörsen zur Folge haben würde. Eine sprunghafte schnelle Besserung der deutschen Mark würde von katastrophalen Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben sein.

Die Posener Effektenbörsen reagierte auf die starken Schwankungen des Marktes nicht im geringsten, da die herrschende Geldnäppheit immer noch den größten Einfluß auf die Kursbewegung der heutigen Börse hat. Die Stimmung blieb flau, wenn auch in einzelnen Werten leichte Verbesserungen erzielt wurden. Festvergünstigte Papiere wurden nicht notiert. Auf dem Bankaktienmarkt notierten Bank Bielska-Aktien 320, Bank Sandown-Aktien 260, Bank Biemian-Aktien 220, Kwiecki Potocki-Aktien zuletzt von 220 auf 240 an.

Von offiziell notierten Papieren wurden Bank Bielskowksi-Aktien 1.—4. Emision von 190 auf 195 an, 5. Emision blieb unverändert 180. Tegielski-Aktien gingen von 205 auf 195 zurück. Centrala Stör-Aktien behaupten ihren Kurs von 320. Hartwig-Aktien 1.—8. Emision notierten einmalig 400. Hurtownia Bielska-Aktien behaupten ihren Kurs von 140. Lubin-Aktien blieben unverändert 500. Dr. Roman May-Aktien 1.—3. Emision zogen von 480 auf 435 an. Patria-Aktien blieben 250, während Pogoniasz Spółka Drzewna-Aktien bei starker Nachfrage von 1100 auf 1175 angingen. Wytwornia Chemiczna-Aktien gingen von 200 auf 100 zurück.

Von inoffiziell notierten Papieren wurden Bank Bielskowksi-Aktien bei 120, Bank Przemysłowa-Aktien bei 210 umgesetzt. Tri-Aktien notierten 120. Wisko-Aktien waren bei 750 geblieben. Herzfeld u. Victorius-Aktien konnten ihren Kurs weiter auf 200 erhöhen. Ventki-Aktien zogen nach Abschlag der Dividende von 470 auf 490 an. Wagon Ostrowo-Aktien gingen auf 150 zurück und blieben weiterhin angehoben. Wytwornia Miedzi Myszkow wurden mit 280 gehandelt. Wielkopolska Huta Miedzi-Aktien zogen von 280 auf 300 an. Orient-Zigaretten-Aktien gingen von 175 auf 150 zurück. Hartwig Kantorowicz-Aktien erhöhen sich auf 500. Pneumatik-Aktien von 145 auf 155 an.

Kurse der Posener Börse.

	3. Dezember	2. Dezember
Bank Bielska I—IX em. ungest.	220 + A	220 + A
Bank Sandown-Poznań I—VIII	360 + N	361 + N
Hurtownia Bielska	140 + N	140 + N
Pubex		
Kwiecki Potocki Sta. I—VI	240 + N	—
Bank Biemian I—III	—	220 +
R. Bartłowiak I—IV em.	200 + N	—
R. Bartłowiak V em.	158 + A	—</

Rudolf Die Geburt eines
Jungen

zeigen an [War 196]

Hermann Cohn und Frau
Marta, geb. Giballe
Keynia, im November 1921

Privat-Handelschule.
Neue Klasse v. 4. Januar 1922 ab.
Buchführung, Rechnen, Handelscorrespondenz, Sienographie,
Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel u. Scheide-
lehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch
Polnisch, Esperanto usw. [4135]
Sprechzeit des Schulleiters, Poznań, Sw. Wojciech 29,
von 2-3 und aufnahmeweise von 7-8 Uhr.
Schulhaus im Zentrum der Stadt.

Zahn-Atelier
W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. [2059 b]

Reparaturen!
an Zentrifugen,
„Nähmaschinen,
an Fahrrädern,
„Schreibmaschinen
durch meine Spezialisten schnell und gut fertigt
Maschinenhaus „Warta“
G. pielsch. Poznań, ulica Wielka 25

Achtung! Wer sein Grundstück, Landwirtschaft, Fabriken aller Art n. w. verkaufen will, wende sich mit voller Inventar- und Preisangabe an das Agenturbüro für An- u. Verkauf von Grundstücken. Beauftragung nach Wunsch in Deutschland. [4127]
Mr. Myszkowski, Poznań, ulica Polwiejska 4, Hof links, parterre.

**Oberschlesische
Steinkohlen**

in Waggonladungen ab Station Poznań täglich nach Magdeburg des Einganges u. in kleineren Mengen ab Lager sowie mit Anfuhr empfiehlt

C. Kulmiz T. z. o.p.
Poznań, ulica Przemysłowa. Tel. 2189.

Achtung! Ziegelerien!
Feinst. Koks&Schutt,
-Grus ließt in Waggon-
ladungen prompt. [4124]
Ges. Angebote unter

an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Kieselnloben sowie Erlencollen
hat bei magazinierem Bezug, billig abzugeben.
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe-
Poznań Kalużny 1 Werner
Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3, Tel. 1296
u. 3871. — Teleg. Adr.: Werner Kohlenvertrieb.

Pony oder Zwergpony,
kommen für Kinder zum Reiten und Fahren, sucht
4129 m. Lorenz, Aurowo, p. Kościan.

Verkauf mein prächtigen, gr. von 2 Jahren alten, 80 cm hohen, auf den Mann dress. Doggenrüden mit Stammbaum, großen Hund, der verkaufe denselben für 100 000 Miat. R. Müller, Drawski-Miga, pow. Goleniów.

KOHLEN

zur sofortigen Lieferung in Mengen von 5 Zentnern an empfiehlt billig

Dom Handlowy
Edward Kępiński

Tel. 3395. Poznań, ulica Pawła 12. Tel. 3395.

Lausche
 sofort Grundstück mit Fleischer in Deutschland gegen Grundstück ebenfalls m. Fleischer in Wielkopolska. Off. an J. Wilga, Poznań, Polwiejska 33. [4142]

Mein Wohnhaus m. Garten und großem Stall in Herten in Westfalen, Moiseststr. 13, bin ich willens gern ein Wohnhaus mit einem Land in Polen zu verkaufen. Das Wohnhaus enth. 4 Wohnz. zw. 9 Rm. u. Nebengelass. Nähe d. Johanna Genthner, Stara Przysieka p. Śmigolski

Mittwoch, d. 7. Dezbr., abends 8 Uhr. Großer Saal des Evangelischen Vereinshauses:

D. B. Lieder- und Arien-Abend Gertrud Bogs (Alt) Alfred Gollnow (Tenor). Eintrittskarten zu 300, 200 u. 100,- in der Evg. Vereinsbuch d. d. Wjazdowa.

G. D. W. Monats-Versammlung Montag den 5. Dez. mb. abends 7 Uhr.

Nehme Überzeichnungen an, deutsch-poln. u. polnisch-deutsch exakte polnische Stunden. Offert. u. Nr. 4123 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Bahn-Praxis Uskar Schmidtke, Aleja Marcinkowskie 16, Gie sw. Marcin. 12 70b

Tausch! Landwirtschaftliches 42 Mrq. groß m. Bauen guten Gebäuden, ich u. vor Prod. wird geg. g. eiche Landwirtschaft im Bemühen zu tauschen erlaubt. Zu melden b. Kożakowski, Rydzyna, powiat Leżajno i. p.

Mein zu Pien u. zur Kleinstadt g. günstig: **Ritter** u. ca. 1500 Morgen gr. b. mit gutem Boden, reichl. To. lager u. sehr viel Lebendem auch loarem Inventar, wird gegen g. e. v. Preis in Deutschl. zu tauschen o. zu verkaufen. Off. u. N. 4128 a. G. Geldk. st. b. Bl. erbeten.

Zu verkaufen: Küchene urich ung. Kindersteppdecke, Kopierpresse, Käsette, Spielsachen. Jasna 12, 1 r.

Stellengefurche. **Wirtschafts-**

Assistent, in ungekünd. Stell. Poln. in Schatz ist in Wo. i. volk. mächtig, sucht 1. 1. 22 oder später and. Stell. G. f. Off. u. 4141 a. d. Seite u. d. Bl.

Suche für einen gr. fräftig. Molkerei-gehilfen zum 5. Januar Stellung zur weiteren Ausbildung in einer gr. Molkerei. Off. u. N. 4111 an die Geschäftsstelle d. viert. erb.

Steno typistin, durchaus verkt. auch m. ander. Konio: arbeiten verkt. auf. sucht Stell. per 1. Januar 1922. Offerten unter 4136 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Anstelliges b. H. Fraulein 28 f. sucht in Poznań Stell. als Verkäuferin. Ges. Ang. u. L. D. 4118 a. d. Geschäftsr. d. Bl. ero

Dame aus besserer Famile sucht b. bald od. 1. 1. 1922 bei alleinlich, engl., alt. Dame od. Herrn zur selbständ. Führung ein. Hausd. in S. ad. Poznań Stellung. Offert. u. A. C. 4025 a. d. Gesch. d. Bl.

„Rilima“
Pflanzenbutter

vertritt vollständig Naturbutter.

Hergestellt von **Tow. Akc. Libiąjskiej Olejarni**
dawn. Kieler Warszawa - Praga, Gocławskia 9.

Verlangen Sie Offerte.

Margarete Schulz

Poznań, Sw. Marcin 41 I

Umarbeitungen von Pelzkragen u. Muffen
Fertige Pelzhüte am Lager [4126]

Auswanderer
nach Deutschland.

Wir vermitteln:

Ankauf guter Objekte, Industrie, Fabriken, Beteiligungen, Wohnhäuser mit freiemod. Wohn-, Villen, Geschäftsläden usw. preiswert.

Flatow & Beutler,
Vertr. der Allg. Creditbank Akt.-Ges.,
Berlin C. 25, Wendingerstr. 9.
Tel. Königst. 9396.

Versicherungen aller Art — Hypotheken — Geldüberweisungen — Inkasso — Geschäft-, Industrie-, An- und Verkäufe — Lombard — Spezialfach: Transportversch. Finanzberatung — Kapitalanlage.

Inspektor für ein Gut von 1400 Morgen, der nach meiner Disposition lebhaft zu wirtschaften hat. Kenntnis der polnischen Sprache, möglichst auch in Schrift. Bedeutungen und Geschäftsanprüche bitte zu richten an 4108 Versen, Gościeszewice b. Bojanowo, kas. Rawicz.

Brennereiverwalter

bei hohem Gehalt sofort gesucht. Meldungen unter N. N. 4138 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Gesucht per 1. Januar 1922 [4134]
perfekte Jungfer

aus gutem Hause, die sauber sind und persönliche Bedienung übernehmen müssen; desgleichen

verheirateten Gärtner für größeren Garten. Offert. unter S. Z. 1125 an den Verlag der Samlerschen Zeitung in Szamotuly erbeten.

Prima oberschlesischen
Hüttenkoks

für Zentralheizungen geeignet, empfohlen nur zum waggonieren Bezugs Górnoslašskie Przedsiębiorstwo Węglowe-Poznań, Katuń 1 Werner, Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3, Tel. 1296 u. 3871. — Telegr. Adr.: Werner Kohlenvertrieb

1-2 Weihnachtsbäume
Waggon hat abzugeben [4138]

von Baka, Cimochowo, Stat. Bronki.

Stellenangebote.

Buchhalterin, mit der amerik. Buchführung vertraut, der poln. Sprache in Wort u. Schrift mächt. sei oder später gesucht. Auf. 4102

Es wird eine

Lauten-Lehrerin

i. Poznań gesucht. Ges. Ang.

u. L. A. 4143 a. d. G. d. Bl.



Vertretung.

Der Vertrieb von Krupp-Lastkraftwagen, Spezial-Motorfahrzeu-
gen, Motorrollern usw. für

Polnisch-Posen

mit dem Sitz in **Posen**

ist an seriöse Firma oder Herrn

zu vergeben.

Krupp'sches Verkaufskontor
für Motorfahrzeuge G. m. b. H.

Berlin SW 68, Lindenstrasse 80.

Gottes Aber.

Mit dem Advent beginnt die christliche Kirche ein neues Kirchenjahr; das bürgerliche Jahr läuft weiter. — Die Kirche webt in seinen Verlauf ihr eigenes Jahr hinein. Damit stellt sie sich in einen gewissen Gegensatz zu den landläufigen Zeitrechnung. Hierdurch erhebt sie den Anspruch auf eine eigene Art, das Leben anzuschauen: mag die gewöhnliche Betrachtungsweise ihre Gesichtspunkte nehmen von zeitlichen irdischen Interessen her, die Kirche stellt das Leben ins Licht ewiger göttlicher Gedanken. Ihr ist die Hauptjache nicht der äußere Gang eines Jahres, auch nicht der äußere Gang der Geschichte, sondern das Kommen des Herrn und sein Gang durch sie. Darum fängt sie ihr Kirchenjahr mit der Vorhast vom Advent des Herrn an und fängt es an in einer Zeit, in der das bürgerliche Jahr seinem Ende zuneigt. Soll das heißen, daß, wenn das Irdische anfängt zu schwinden, dann eben die Zeit gekommen ist für das Himmliche, daß, wenn das Zeitliche vergeht, das Ewige seinen Wechsel überdauern soll? Das Kalenderjahr geht zu Ende, aber das Kirchenjahr hebt an! Die Tage werden kurz und die Nächte lang, aber in Jesus Christus leuchtet das Licht auf! Das Leben draußen erstarrt, seine Schönheit und Pracht vergeht, aber ewig's Leben keimt in der Welt auf mit der Erneuerung des Menschensohnes auf Erden; das Totenfest sprach uns vom Gehen der Menschen, aber der Advent verkündet uns das Kommen des Herrn.

Das ist Gottes Aber. So hat Jesus von vornherein in seiner Verkündigung keine Zweifel gelassen, daß Er sich in einem ganz klaren Gegensatz stellen wollte zu Sitten und Anschauung und Frömmigkeit seiner Tage. Immer wieder sagt er dem, was zu den Alten gesagt ward, sein majestätisches: „Ich aber sage euch!“ gegenüber.

Hat das uns nicht eine ernste wichtige Wahrheit zu sagen eben jetzt, da wir uns angeeignet haben, ein neues Kirchenjahr zu beginnen? Christen sind Menschen, die ein heiliges Aber auf den Lippen führen und im Leben betätigen gegenüber der Welt und ihrer Weise, sie wollen und sollen sich nicht der Welt gleichstellen, sondern eine besondere Welt für sich darstellen, eine andere, eine höhere, eine bessere, eine reinere Art, das Leben zu nehmen, als die landläufige Weise ist. Gewiß wir sind auch Menschen, auch Kinder des Staubes, auch vergängliche, sündige, unvollkommene Menschen — aber wir sind zuerst Jünger unseres Meisters, Kinder unseres Gottes, Bürger des Himmelreichs. Und dies aber soll uns niemand nehmen.

D. Blau-Posen.

Sejm.

Sitzung vom 2. Dezember.

Warsaw, 2. Dezember.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die dritte Lesung des Gesetzes über den staatlichen Betrieb und die Kratzaamern.

Abg. Mietermund (Nat. Volksverband) bespricht die Theorie des Gesetzes und beantragt eine Reihe stilistischer Änderungen und Verbesserungen. Änderungen werden auch von den Abg. Waliszak und Krzyzofowski beantragt. Das Gesetz wird mit diesen Änderungen und mit den vom Berichterstatter vorgeschlagenen Verbesserungen in dritter Lesung angenommen.

Abg. Pfarrer Nowakowski berichtet im Namen des Wasserbauausschusses über die Regulierung der Weichsel und stellt im Sinne des Ausschusses Anträge. Über die Regulierung des Bialski-Kanals spricht Abg. Bochenksi, der ebenfalls Anträge stellt. Die Entschließungen des Ausschusses werden angenommen.

Abg. Seib legt den Bericht des Unterrichtsausschusses vor über einen Antrag des Abg. Solth, in dem verlangt wird, daß die Absolventen der Schule der politischen Wissenschaften in Warschau auf Grund des Gutachtens des Unterrichtsministeriums nach Ablegung ihrer Prüfung die Rechte der Absolventen der staatlichen höheren Lehranstalten erhalten und daß die Schule eine staatliche Unterstützung erhält. Der Sejm nimmt die vom Berichterstatter vorgeschlagene Entschließung an.

Abg. Kostronska begründet die Dringlichkeit eines Antrags betr. den von der Regierung vernachlässigten Schutz der

oberösterreichischen Aufständischen. Der Antrag lautet: „Der Sejm fordert die Regierung zur sofortigen Organisierung einer ausreichenden Hilfe für den Teil Oberschlesiens auf, der infolge der unmittelbaren Teilnahme am Kampf um den Anschluß Oberschlesiens an Polen der normalen Daseinsbedingungen beraubt wurde. Am dringlichsten ist die Frage der Fürsorge für die Witwen und Waisen der Gefallenen, die im Einverständnis mit dem Verband der ehemaligen Aufständischen geregelt werden müssen, ferner die Errichtung einer Arbeitsvermittlung mit weitgehender Verlängerung der einheimischen Anwärter auf die Beamtenposten. Zu diesem Zweck müssen schon jetzt Vertreter des Verbandes der ehemaligen Aufständischen zur Teilnahme an den Arbeiten des Gutachtausschusses bei dem oberschlesischen Volksrat herangezogen werden. Überdies müssen alle legitimierten Teilnehmer an den Räumen um Oberschlesien in den Genuss der den Invaliden der polnischen Armee gewährten Rechte gelangen.“ Die Dringlichkeit des Antrags wird angenommen. Der Antrag wird dem Rechtsausschuß, dem Staatshaushaltungsausschuß und dem Ausschuß für öffentliche Fürsorge überwiesen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung, der Dringlichkeitsantrag des Abg. Woźnicki über die dem Gesetz nicht entsprechende Besteuerung des mittleren und kleinen Handelsbesitzes.

Abg. Woźnicki stellt den Antrag: „Die Regierung wird aufgefordert, sofort Maßnahmen zu ergreifen zum Schutz der Bürger vor ungerechter Veranlagung und Einführung der Einkommensteuer, und diese Maßnahmen innerhalb dreier Tage dem Finanzausschuß des Sejm zur Begutachtung vorzulegen.“ Die Dringlichkeit des Antrages wird beschlossen.

Die Abg. Głąbiński, Woźnicki und Włodzimierz Grabski sprechen sich für den Antrag aus.

Finanzminister Michałski: „Als ich am 13. November die Vorsitzenden aller Finanzkammern zur Aussprache über die Einkommensteuer zusammenrief, da besprachen wir auch die vorliegende Frage. Ich bin kein Freund vorläufiger Gesetze und einer vorläufigen Veranlagung der Einkommensteuern. Nachdem ich aber die Sachlage so vorgefunden hatte, wie der Herr Abgeordnete sie schilderte, habe ich den Finanzkammern die entsprechenden Weisungen gegeben und habe angeordnet, daß die Ämter sich auf die Einführung eines Viertels der veranlagten Steuern beschränken und daß, wenn bis jetzt keine Veranlagung vorliegt, die Veranlagungsorgane unter Heranziehung mehrerer Vertreter der Gemeinderäte die Höhe des Bruttosatzes für den Morgen in den Jahren 1919 und 1920 in der betreffenden Gegend in Betracht ziegen. Da mir daran liegt, daß diese Angelegenheit so schnell und so befriedigend als möglich erledigt wird, bitte ich nicht nur um Annahme des Antrages, sondern ich teile dem Hause auch mit, daß ich mir erlauben werde, die Vorsitzenden der drei Finanzkammern, über die am meisten Beschwerden einliefern, nämlich Dublin, Warschau und Bielsko, von Amts wegen zur Sitzung des Staatshaushaltungsausschusses einzuberufen, damit dort die Sache vollkommen geklärt und erledigt wird. (Beifall.) Für das kommende Jahr beschäftige ich, eine Änderung und Vereinfachung der Steuererklärungen. (Beifall.) Ich beabsichtige ferner eine Vereinfachung des Eingangsverfahrens. Die Regierung hat den dringenden Wunsch, daß die ganze formelle Seite der Frage sich so einfach als möglich gestaltet, was leicht zu erreichen sein und dem Staate großen Nutzen bringen wird.“

Nach Ansprachen der Abg. Woźnicki und Hartglas wird die Dringlichkeit des Antrages angenommen.

Abg. Mieczkowski legt den Bericht des Rechtsausschusses vor über das Gesetz betr. Verträge über Erwerb von Immobilien auf den Namen untergeschobener Personen und den Ankauf von Besitzungen, die infolge nationaler und konfessioneller Beschränkungen verlaufen wurden. Abg. Swida verlangt, daß sowohl im Titel des Gesetzes als auch in seinem Artikel 1 die Worte beibehalten werden „Personen polnischer Nationalität“. Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages Swida mit 80 gegen 114 Stimmen. Nach längerer Aussprache wird das ganze Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag des nat. Volksverbandes verlangt, daß der frühere Minister und Abgeordnete Bardel zur Verantwortung gezogen wird. Zur Begründung des Antrages sagt der Abg. Stanisławski (nat. Volksverband): „Infolge der Interpellation des Abg. Seib hat die oberste Kontrollkammer die Amtstätigkeit des früheren Ministers Bardel nachgeprüft und hat festgestellt, daß eine Reihe seiner Amtshandlungen den an ihn zu stellenden Anforderungen nicht entsprach und daß seine Handlungsweise den Staatsinteressen widersprach.“ Die Frage, ob der frühere Minister Bardel zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen ist, steht auf gewisse juristische Zweifel. Es ist zu beachten, daß Herr Bardel in dem Augenblick, als er sein Mandat niedergelegt, nicht mehr Minister war. Zweifelhaft bleibt, ob auf ihn dasselbe Verfahren anzuwenden ist, wie auf aktive Minister. Der Antrag des nat. Volksverbandes hat den Zweck, die Regierung zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens in dieser

wurde, so benutzten im letzten Semester 1907 117 Schüler die Anstalt, die nun in vier aufsteigende Klassen gegliedert war. Sie wurde von M. Schulz geleitet, dem fünf Lehrer im Unterricht zur Seite standen. Der umfangreiche gedruckte Lehrplan von 1900 baute den Lehrstoff nach den genannten Hauptfächern in vier Stufen folgerichtig auf. Eine Fülle des Wissenswertes wurde hier in vier Jahreskursen gehoben und das Ziel, „die Lehrlinge für das Kaufmannsleben, wie es in der Einleitung heißt, mit Kenntnissen auszurüsten, die für ihren Beruf unbedingt notwendig sind, und die ihnen die praktische Tätigkeit im Geschäft entweder gar nicht oder doch nur in ländlicher Weise übermittelt“, durfte in zweitmäßiger Weise erreicht worden sein. Die Schüler der Handelschule genossen in den späteren Jahren Befreiung von dem allgemein eingeführten Fortbildungskontrollen, die Schule war somit von den Behörden anerkannt. War die Schule für den Verein selbst auch eine stetige Quelle großer Arbeit und Mühe, so verdient doch hervorgehoben zu werden, daß hier durch freiwillig aufgebrachte Mittel frühzeitig eine Fach- und Allgemeinbildung erstritten wurde, deren Notwendigkeit zum Teil erst erheblich später von der Allgemeinheit anerkannt wurde.

Wenn auch jahrgangsgemäß politische und konfessionelle Fragen der Gründung in den Vereinsversammlungen entzogen waren, so wurde doch der Verein, seitdem die Prinzipale in ihm das Übergewicht behielten, eine wirkungsvolle Organisation zur Beratung beruflicher Zeitfragen. Häufig wurde der Verein, besonders nach dem 75jährigen Stiftungsfeste, zu Begehrungen von allgemeinem Interesse hinzugezogen, wie beispielsweise zur Hebung der Stadt Posen. So wurde 1897 in den Monatsitzungen über kaufmännische Schiedsgerichte, Acht-Uhr-Ladenöffnung und Detailwesen beraten. Ein Jahr vorher über den wichtigen Artikel 44 der neuen Gewerbeordnung. So wurde ferner der Vorsitzende in das allgemeine Komitee zur Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge berufen. Eine eigene Stellenvermittlung, geleitet von Herrn Peßle, der nach wie vor viel benützte Fragesteller, trugen zur wirtschaftlichen Ausgestaltung der allgemeinen Tätigkeit des Vereins bei.

Ein Haupttätigkeitsgebiet blieb indessen die Vortrags- oder Handelschule des Vereins. Sie begann 1873 mit der geringen Zahl von 18 Schülern, um nach einem Jahre wieder einzugehen, und im nächsten wieder aufs neue eröffnet zu werden. Erst seit 1891 kam es zu stetigeren Verhältnissen. Umfang und Organisation der Schule wurden mit den Jahren immer größer, und die Arbeit, die von dieser, aus freiwilligen Spenden unterhaltenen Handelschule des Vereins geleistet wurde, ist nicht gering anzuschlagen. Waren Mitte der 90er Jahre nur zwei aufsteigende Klassen, in denen wöchentlich an 3 bzw. 4 Abenden in der Martinus-Schule Deutsch, Rechnen, Buchführung, Korrespondenz, Handelsgeographie, Kaleographie und Stenographie ca. 80 Schülern gelehrt

Sache zu veranlassen. Der Justizminister muß dazu den Obersten Gerichtshof in der Stärke von fünf Richtern einberufen.“

Die Dringlichkeit des Antrages wird beschlossen. Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Nächste Sitzung am Dienstag um 4 Uhr nachmittags.

Das Vetorecht des Finanzministers.

Warschau, 3. Dezember. Der Finanz- und Haushaltungsausschuß nahm gestern in gemeinsamer Sitzung mit dem Verfassungsausschuß mit 85 gegen 18 Stimmen eine Entschließung an, die dem Finanzminister das Recht gibt, Einspruch zu erheben gegen Beschlüsse des Sejm, die die Abgabe des Staates zum Gegenstand haben. Außerdem wurde mit 15 gegen 18 Stimmen der Artikel 52 des Entwurfes des Gesetzes über die einmalige staatliche Abgabe angenommen, der Dekretung der Abgabe durch Landverkauf mit Genehmigung des Finanzministers und mit Einverständnis mit dem Präsidenten des Landeskamts zugäbt.

Aus den Sejmausschüssen.

Der Finanz- und Haushaltungsausschuß begann unter dem Vorsitz des Herrn Osiecki nach dem Bericht des Herrn Morawiecki die Beratung über den Gesetzentwurf, welcher das Gesetz vom 8. Juli 1920 über die Vereinheitlichung der staatlichen Industrie-Steuer auf das ganze Reich ausdehnen soll. Der beim Artikel 1 eingebrachte Antrag Federowicza, nach dem die Tätigkeit des Gesetzes nicht auf Kleinpolen ausgedehnt werden, sondern dort nur die Einkommensteuer erhöht werden sollte, erzielt keine Mehrheit. Darauf wurden die drei ersten Artikel des Gesetzes — Artikel 8 mit der Verbesserung des Herrn Wierzbicki — angenommen.

Der Militärausschuß prüft unter dem Vorsitz des Herrn Baluski unter Teilnahme eines Delegierten des Kriegsministeriums vor Beginn der Verhandlungen auf Veranlassung des Vorsitzenden die beklagswerten Verhältnisse, in denen sich die 30. Infanteriebataillone an der Ostgrenze befinden. Der Delegierte des Kriegsministeriums versicherte, daß das Ministerium sich ernst mit dieser Angelegenheit befassen werde. Darauf folgte die Aussprache über den Entwurf der Offiziersprämiation. Der Ausschuß nahm den Antrag des Herrn Anna ja an, wonach die Teilnahme der Offiziere an Industrie und Handel von einer Verordnung des Kriegsministeriums abhängig gemacht werden soll.

Der Ausschuß für soziale Fürsorge prüft unter dem Vorsitz der Frau Kosmowska mit Teilnahme des Unterstaatssekretärs Simon und des Präsidenten der Rückwanderdelegation Korral die Mängel der Rückwandereraktion und die Verlehrungsmittel mit besonderer Berücksichtigung des finanziellen Bedarfs, der den chaotischen Ausmaßen der von den Sowjetbehörden überlandeten Rückwanderertransporte entspricht.

Der Verfassungsausschuß setzte unter dem Vorsitz des Herrn Rataj die weitere Prüfung des Gesetzentwurfes über den Tätigkeitsbereich der Oberbehörden nach dem Bericht des Abg. Galan fort. Herr Bugiel brachte zum Artikel 12 einen Antrag ein, nach dem die im Haushaltsgesetz festgesetzten Normen über die Zahl der Posten in den einzelnen Ministerien in keinem Falle überschritten werden dürfen. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde vertagt. Zum Artikel 13 wurde der Antrag des Herrn Bugiel angenommen, wonach bei dem Präsidium des Ministerrates und der Ministerien besondere Ämter nur auf Beschluß eines Sejmgegesetzes gebildet werden dürfen. Eine längere Aussprache fand über den Artikel 14 statt, der die Rechte des Ministerpräsidenten betrifft. Nach dem Regierungsentwurf sollte der Präsident des Ministerrates über die Organisation der Staatsverwaltung und über die Qualifikation des Beamtenpersonals wachen. Auf den Antrag des Herrn Liebermann wurde ein Zusatz beschlossen, der die Rechte des Ministerpräsidenten in dem Maße ausdehnt, daß dieser die Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und das Beamtenpersonal durchführt.

In Verwaltungsausschuß fand unter dem Vorsitz des Herrn Sobolewski und unter Teilnahme der Delegierten des Innenministeriums, des Kriegs- und Finanzministeriums eine Aussprache über die Anträge des Unterstaatsausschusses bezüglich des Grenzschutzes statt, und es wurde beschlossen, diese Angelegenheit den Parteien zur Prüfung zu überlassen. Es geht um die Entscheidung, ob die Grenzwacht eine Zivilwacht sein oder ob sie auf eine militärische Organisation sich stützen solle.

Der Verfassungsausschuß setzte die Beratung über den Gesetzentwurf fort. Täglichkeit der obersten Behörden fort. Angenommen wurde Artikel 15, der den Ministerrat betrifft, und Artikel 16 über den Tätigkeitsbereich der einzelnen Minister. Begonnen wurde die Aussprache über Artikel 17 (Tätigkeitsbereich des Innenminister). Die Frage, ob die Angelegenheiten der Glaubensbekennisse dem Innenminister zuzuweisen sind, wurde den Fraktionen zur Begutachtung überwiesen.

gefeiert wurde, entfaltete sich der ganze Prunk jener Tage in eindrucksvollen Darbietungen mit einem Festakt im Stadtverordneten-Sitzungssaal und einer Festvorstellung im Stadttheater, an der die Spitzen der Behörden, unter ihnen der Kommandierende General des V. Armeekorps, General der Infanterie von Seest, teilnahmen. Es war ein Zeichen, zu welcher Bedeutung sich der Verein in dem Leben der Stadt Posen entwickelt hatte, und so wurden denn auch die Jahre nach diesem Jubiläum zu den noch außen hin bedeutungsvollsten seines Entwicklungsganges. Freilich gerecht abwägendes Urteil darf nicht verschweigen, daß dieser außeren Glorie eine gewisse innere Verarmung aus Mangel an werbenden Ideen gegenüberstand. Es ist jedoch zu betonen, daß dies ohne Schuld des Vereins, insbesondere seiner leitenden Persönlichkeiten, mit naturgemäßer Notwendigkeit aus der Entwicklung heraus geschah, die das geistige und soziale Leben in unserer Zeit nahm. Die Handelschule des Vereins mußte mit Rückicht auf die städtische Anstalt 1907 endgültig geschlossen werden. Der Verein kam seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Ausbildung des jungen Kaufmannsnachwuchses indessen auch weiterhin nach, indem er dieser städtischen Schule jährlich einen beträchtlichen Geldauszug überwies. Das Vortragswesen der einzelnen Vereine und damit auch des kaufmännischen wurde mehr und mehr überflüssig, als die großzügige Organisation der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft und in noch größerem Umfang die Akademie allen Bedürfnissen nach geistiger Fortbildung Rechnung trugen. Auch die reichhaltige Bibliothek des Vereins wurde der Verpflichtung entzogen, sich durch Neuauflagen zu erweitern, seitdem die Landes- und später die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek weitesten Ansprüchen genügten. In jüngster Zeit hat sich der kaufmännische Verein entzogen, seine Bibliothek der neu gegründeten Deutschen Bücherei als Leihgabe zur Verfügung zu stellen, indem er so den neuen Verhältnissen Rechnung trug, auch seinerseits der geistigen Fortbildung in weiterem Rahmen Unterstützung zu Teil werden ließ. Es blieb als letztes Tätigkeitsfeld für den Verein neben der Unterstützung der Berufsgenossen die Pflege der Geselligkeit. Diesem Umstand trugen die letzten Sitzungen von 1912 Rechnung. Ein eigenes Klublokal wurde im Hause St. Martinstr. 37 eingerichtet. Hier sammelten die Mitglieder, wie es in dem Vorwort der Satzung hieß, „nach den schweren Tageskämpfen, wie es nun einmal die heutige Zeit jedem im Erwerb Stehenden auferlegt, eine behagliche Stätte finden, in der sie sich von den Strapazen der Arbeitszeit in der Unterhaltung mit Gleichgesinnten erholen und neue Kräfte schöpfen können.“

Alein auch dieses Programm ist bereits überholt. Eine neue Zeit fordert abermals Revision von Zielen und Taktiken. Mit Recht durfte der Redner vor 25 Jahren der Hoffnung Aus-

16. ordentliche Provinzialsynode.

Vierter Tag.

Posen, 2. Dezember.

Die heutige Schlusssitzung der Synode brachte das Ergebnis der zahlreichen Ausschusseratungen mit so wichtigen Beschlüssen, daß wir uns auf deren Webergabe beschränken und auf einen Bericht über den Gang der Besprechungen im einzelnen verzichten müssen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Absendung folgenden Telegramms an den evangelischen Erzbischof Söderblom in Uppsala beschlossen:

„Dem ehrlichen Förderer evangelischer Ökonomität und dem tatkräftigen Vertreter der Interessen der religiösen Minderheiten dankt für sein warmes Eintreten für die evangelische Sache in Polen mit glaubensbrüderlichem Gruss.“

Die Synode der unierten evangelischen Kirche in Polen.

ges. v. Kliening.“

An den Zentralvorstand des Gustav Adolf-Vereins wurde ebenfalls telegraphisch folgender Dankesgruß gesandt:

„Den glaubenstärkenden Gruss herzlichst erwidern sagt Synode dem langjährigen Wohltäter ihrer Gemeinden und lieben Freunde warmen Dank für treue Hilfe in schwerer Zeit.“

Ebenso wurden an den früheren langjährigen Präses der Posener Provinzialsynode Superintendent D. Saran, der 85 Jahre alt in Bromberg lebt, und an den bisherigen Präses der westpreußischen Provinzialsynode Superintendent Dreher in Pr. Starogard herzliche Begrüßungsschreiben gerichtet.

Als weitere Mitglieder der Theologischen Prüfungskommission wurde der Superintendenturverweser Lic. Lau-Rheinfeld und an Stelle des bisherigen Vertreters der theologischen Fakultät Breslauständig der jetzige malige Dekan des hiesigen Predigerseminars bestimmt. Ein Antrag des Ausschusses für kirchliche Arbeit nahm einen Antrag Bellmann und Genossen auf und gelangte zur Annahme:

„Synode sieht eine ernsthafte Schädigung des kirchlichen Lebens darin, daß die wichtigsten evangelischen Feiertage nicht als öffentliche Feiertage anerkannt und gehalten werden. Sie verlangt von allen Gliedern der evangelischen Kirche, daß diese Tage nicht nur als kirchliche Feiertage, sondern auch als Arbeitstage gefeiert werden, und verlangt von allen kirchlichen Körperschaften, darauf hinzuwirken, daß es geschehe. Sie bittet das evangelische Konsistorium bei der Staatsbehörde, darauf hinzuwirken, daß auch diese Tage als Feiertage anerkannt werden.“

Ein weiterer Antrag derselben Ausschusses galt auf Grund einer Vorlage des Konsistoriums der Vereinigung für die früher polnischen, westpreußischen und ostpreußischen sowie der schlesischen Teile des Kirchengebietes und wurde nach dem Vortrag des Synodenvorsitzenden in folgendem Wortlaut angenommen:

„Synode erkennt an, daß die in den verschiedenen Teilen des Abtretenungsgebietes bisher in Geltung gewesenen Visitationordnungen trotz mancher Verschiedenheiten in Bezug auf den Umfang und die Ausübung der Revisionen doch in den wesentlichsten Punkten übereinstimmung gezeigt haben. Um auch auf diesem Gebiete die so dringend notwendige Einheitlichkeit im Kirchengebiet zu erzielen, erklärt sich Provinzialsynode damit einverstanden, daß die bisher für den Konsistorialbezirk Posen geltende Visitationordnung nunmehr endgültig für das ganze Kirchengebiet eingeführt wird unter dem Vorbehalt einer Nachprüfung und Änderung dieser Ordnung in Einzelheiten und unter der Voraussetzung, daß den Visitationen eine Anpassung an die besonderen zeitlichen und örtlichen Verhältnisse zugestanden wird. Synode sieht in den Visitationen der Superintendenten ein wertvolles Mittel zur Vertiefung des geistlichen Lebens der Einzelgemeinden wie zur Förderung des Gemeinschaftsbewußtseins in der gesamten Kirche und bittet die Leiter der Kirchenkreise, von diesem Mittel so häufig als irgend möglich Gebrauch zu machen, erwartet aber auch von den Gemeinden eine willige Aufnahme und freudige Förderung dieses auf ihr Seelenheil gerichteten Dienstes.“

Erwünscht ist auch die allgemeine Einführung des bisher in Pommerschen üblichen alljährlichen Besuchs des Superintendenten in jeder Gemeinde.“

Als Berichterstatuer derselben Kommission legte Synodenrat Klink von Aulen ein folgenden Kommissionsantrag vor, der einstimmig angenommen wurde:

„Mit dieser Bewegung hat die Synode von den erlittenen Verwaltungszwangsläufigkeiten zahlreicher Einrichtungen der evangelischen Kirche und der evangelisch-freien Liebestätigkeit Kenntnis genommen, wie sie in der beantragten Enteignung des evangelischen Johannenhäuses in Posen, der Raumungsverfügung für die evangelische Kirche nebst Pfarrhaus in Klenau und der noch immer nicht erfolgten Aufhebung der Beschlagnahme des Gemeindehauses in Obornik erneut zutage getreten sind. Synode erhält auch ihrerseits bei der polnischen Staatsregierung,

druck geben, daß die Entwicklung der nun hinter uns liegenden Zeit auch den Verein zu weiterer Blüte bringen würde und ihm ein eigenes Heim bescherten möchte. Von diesen Hoffnungen ist nichts Wirklichkeit geworden. Es fehlt dem Verein, in der jetzigen Lage doppelt schmerlich für das gesamte Deutschland nicht nur sein eigenes Heim — der Verein ist nur auf die Gastfreundschaft der Loge angewiesen —, nach einer Zeit unerhörten Aufschwunges namentlich für den Kaufmann, ist uns auch die Heimat fremd geworden. Und wenn in dem Epitaph des 75jährigen Stiftungsfestes Gott Merkur Posen seine Wiederkehr an dem heutigen Tage verhieß, so müssen wir ihn wohl schmerlich vermissen, oder er ist doch in einer Vermummung unter uns, die das Göttliche an dem Gute des Handels nicht mehr erkennen läßt. So lebt im gewissen Sinne die Entwicklung des Vereins nach 100 Jahren zu seinem Anfang zurück: Eine neue gemeinsame Not, der der Einzelne mehrlos gegenüber steht, und die nur durch Zusammenenschluß überwinden werden kann. Behördliche Fürsorge hatte dem Verein in seinem letzten Jahrzehnt seine schönen Aufgaben eingeschränkt. Solche Fürsorge ist eine starke Versuchung zur Unverantwortlichkeit des Volksvereins. Heute hat sich unsere Lage so gewandelt, daß wir von staatlicher Fürsorge für unsere kulturellen Betreibungen nichts zu hoffen haben. Wieder ist es wie im Beginn der Tätigkeit des Vereins allein die Selbsthilfe, die helfen kann. Und der Geist, der die Anfänge des Kaufmännischen Vereins befeiste: Zusammengehörigkeit, Verantwortungsgefühl und soziales Empfinden ist da mehr denn je not. Der Verein steht vor einer neuen Aufgabe. Es wäre seiner hundertjährigen Geschichte würdig, wenn aus seiner Mitte, durch die langjährige Tradition geschult, die gesellschaftliche Sammlung des Deutschums, die mehr denn je eine Pflicht ist, einen bedeutungsvollen Mittelpunkt fände.“

Neuerwerbungen der Deutschen Bücherei Posen.

Ausleihzeit wochentags von 1/2 bis 1 und von 1/2 bis 1/2 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittag geschlossen.)

(Fortsetzung.)

Naturgeschichte.

Kloetze, Kurt: Allerlei Gewürz. Venne, Karl: Die Anfänge der Naturbeherrschung. Dammenmann, Friedrich: Wie unser Weltbild entstand. Kahn, Fritz: Die Balle. Meier, R. Wilhelm: Wie kann die Welt eiamal

einpruch gegen diese Beeinträchtigung evangelischer kirchlicher Rechte, welche nicht nur eine längere Schädigung, sondern auch eine empfindliche Störung des inneren kirchlichen Lebens bedeuten. Sollte in diesem Verfahren der Staatsbehörden keine Wandelung zu erreichen sein, beantragt die Synode ihren Vorstand nötigenfalls diejenigen Einspruch dem Gesamtprotestantismus der ganzen Welt und dem hohen Rat des Völkerbundes vorzulegen und beide um Beifall in der Wahrung ihrer Rechte als religiöse Minderheit anzurufen.

Gegenüber der mannsfachen Beiträgen bezeugt Provinzialsynode allen Gemeinden, daß sie auch fernherin über der Wahrung ihrer Rechte mit allem Ernst wachen wird, und ermahnt die Gemeindeländernde und die Vorstände der evangelischen Anstalten und Vereine, keine Mittel unverzagt zu lassen, ihre Rechte, die für die gesamte evangelische Kirche von großer Bedeutung sind, selbst auf dem Rechte wege zu verteidigen und in dieser schweren Notzeit nicht zu verzagen, sondern festzuhalten im Vertrauen auf die Sage des Herrn: „Fürchte Dich nicht, sondern rede und schweigt nicht, denn ich bin mit Dir, und niemand soll sich unterziehen Dir zu schaden.“ Apostelch. 189. 10.“

Bezuglich des Konfirmationstermins, über den gestern keine Einigung zu ergreifen war, wurden nunmehr alle Abänderungsanträge abgelehnt und der Ausschusshandlung, der als Konfirmationsstag den Trinitatissontag bestimmt, mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf gelangte der eingehende Bericht des Evangelischen Konsistoriums über den Stand des evangelischen Religionsunterrichtes in den Volksschulen zur Verhandlung und führte nach einem Bericht des Synodenrates Dethleff-Krook zur Annahme des Ausschusshandlung.

Synode nimmt mit schmerzlicher Bewegung Kenntnis von dem Bericht des Evangelischen Konsistoriums betreffend den Stand des Evangelischen Religionsunterrichtes in den Volksschulen des Landesgebietes. Erhältlich sieht sie den blühenden Garten des evangelischen Schulweises, an welchem Geschlechter treuer Hütter und Lehrer gearbeitet haben, durch die Wirken des Weltkrieges und die folgenschweren politischen Veränderungen jäh zerstört. Sie befiegt aufs tiefe die vielfach überreiche und eigenförmige Abwanderung zahlreicher evangelischer Lehrer, welche Tausende von Kindern jedes geordneten Unterrichts bereaubt, und wendet sich entrüstet gegen die Maßnahmen der Staatsbehörden, welche auf eine Auflösung möglichst vieler evangelischer Schulgemeinden und die Umschulung evangelischer Kinder in polnisch-katholische Schulen gerichtet bleibt unter völliger Verkenntnis ihrer religiösen Bedürfnisse. Sie verlangt das uneingeschränkte Recht zur Begründung, Erweiterung, Unterhaltung und Beauffüllung von Privatschulen und nimmt die Fortbenutzung von Schulhäusern evangelischer Gründung oder kirchlichen Besitzes für die Gemeinden in Anspruch.

Synode spricht umso fröhlicher Dank und Anerkennung aus allen evangelischen Lehrkräften, welche trotz vieler Berufsschwierigkeiten treu in ihrem Amt ausgehalten haben und auch ferner unserer evangelischen Jugend darin dienen wollen, nicht weniger allen Geistlichen, welche die verwaisten Schulen in ihre Obhut genommen und persönlich den Religionsunterricht übernommen haben; all den zahlreichen Hilfskräften, die sich trotz der mannsfachen Hindernisse einer lässigen Berufsausbildung in den Dienst der Schule gestellt haben; den Schulvereinen, die mit Tatkräft und Opfermut die Wiederaufrichtung und Pflege des zusammengebrochenen Schulwesens übernommen haben, sowie dem Evangelischen Konsistorium für seine unermüdlichen Bemühungen zur Gewinnung geeigneter Hilfskräfte für den Religionsunterricht.

Synode bittet in tiefster Besorgnis um die Zukunft unserer Jugend aller evangelischen Gemeinden, sich die Erhaltung ihrer Schulen mit allen Mitteln angedessen sein zu lassen und keine Opfer zu scheuen, ihre Rechte zu wahren, Lehrkräfte zu beschaffen und damit ihrer Jugend die Erziehung zu Gottesfurcht und Geduldigkeit zu sichern. Sie bittet die Schulvereine, auf die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses in der evangelischen Lehrerschaft bedacht zu bleiben und erhofft von dem Konsistorium ein weiteres erfolgreiches Fortbreiten auf dem eingetragenen Wege zur Gewinnung von Hilfskräften für den evangelischen Religionsunterricht. Gott aber fördere und segne allen auf die Erhaltung unseres evangelischen Schulwesens und die Sicherung eines erfolgreichen Religionunterrichtes gerichteten Dienst.“

Syn. Smend-Lissa als Vorsitzender der Arbeitskommission berichtet über eine Rundgebung an die Gemeinden, die den Gemeinden das treue Anhören in ihren Kirchengemeinden ans Herz legt und sie vor ziel- und planloser Abwanderung warnt.

Es folgen eine Reihe Anträge des Verfassungsausschusses zunächst über die Neiverfassung der unierten evangelischen Kirche, die von der vorigen Provinzialsynode beschlossen aber von der polnischen Regierung für ungültig erklärt worden war:

Synode nimmt mit Bewunderung von den an das Evangelische Konsistorium gerichteten Schreiben des Ministeriums des ehemals preußischen Anteils vom 1. und 30. Juni 1920, 14. I. 282 und 339. 20. Kenntnis in welchem das Ministerium die von der

untergehen? Maeterlinck, Maurice: Das Leben der Bienen. Grancé. H. Raul: Die Pflanze als Erfinder.

Erdkunde.

Mayrhofer, Johann: Spanien. Nippoldt, Prinz von Bayern: Meiserinnerungen. Widmann, J. B.: Sizilien. Lauern, Odo, Deodatus: Patasiwa und Patalima. Ganz, Hugo: Reiseerinnerungen aus Rumänien. Schüle, Hermann: Die Posener Seen. Marco, Belo: Vor 800 Jahren im Reich der Mitte.

Philosophie.

Hegelring, H. Graf: Das Reisetagebuch eines Philosophen. Scheibly, Heinrich: Die Seele deines Kindes. Chamberlain, H. G.: Kant. Blüher, Hans: Die Rolle der Grotte. Bd. 1, 2. Gottschalk, Venno: Lebenswörte. Mossakowski, Aleksander: Einstein. Tagore, Rabindranath: Sadhana.

Pädagogik.

Pestalozzi, J. H.: Ausgewählte Werke. Bd. 1-2. Springer, Eduard: Begabung und Studium. Förster, F. W.: Schule und Charakter. Hellmann, Karl: Handbuch der Pädagogik. Bd. 1-8. Lahn, W. A.: Psychologie. . . Bd. 1, 2. Hartmann, Berthold: Die Analyse des kindlichen Gedankenzirkels.

Geschichte.

Dohm, Freitag: Zur Kunde deutscher Vorzeit. Tharbach, Richard: Österreich innere und äußere Politik. Löning, Otto: Danzig. Queius von Wallhausen, Robert: Erbe von Bismarck-Erinnerungen. Bismarck, Otto Fürst von: Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris. Wirth, Albrecht: Geschichte der Türken. Peters, Karl: Afrikaneische Köpfe.

Ansiedeldeutschland, Minoritätschule.

Brunn, Karl Georg: Staatsangehörigkeitswechsel und Option. Die Rechtslage der Ostprovinzen nach dem Friedensvertrag. Dibelius, Otto: Staatsgrenzen und Kirchengrenzen. Boethius, Karl: Positive Recht der nationalen Minderheit. Boethius, Karl: Geschichtliche Böhmen mit besonderer Berücksichtigung der Deutschen in Böhmen. Kampf, Karl: Der Zug nach Osten. Die kolonialistische Großart des deutschen Volkes im Mittelalter. Lehmann, Emil: Altwaterland. Zur deutschen Stammeziehung. Landskrone Heimatbuch. Jandl, Ferdinand A.: Von Kronland und vom Krottenphuhl.

außerordentlichen Provinzialsynode im April 1920 angenommene Notverfassung für ungültig erklärt und verbrieft, sie in Kraft zu setzen.

Synode stellt entgegen den Ausführungen des Ministeriums fest, daß die Provinzialsynode vom April 1920 ordnungsmäßig verfasset und zusammengetreten ist.

Synode stellt fest, daß die Notverfassung keinerlei Ansprüche, welche dem polnischen Staat auf Grund seiner territorialen Hoheitsrechte zustehen, irgendwie entgegensteht.

Synode erhebt Einspruch dagegen, daß das hiesige Ministerium Gerechtsame für den polnischen Staat beansprucht, welche ehemals unter völlig anderen Verhältnissen dem preußischen König nur als vornehmstes Mitglied und oberster Bischof der unierten evangelischen Kirche zugestanden haben. Mit solchen Forderungen, welche namens einer wesentlich katholischen Staatsregierung erhoben werden, beschreitet das Ministerium gegenüber der unierten evangelischen Kirche nicht den Weg der Verständigung, wie es von der Synode erwartet und erwartet wird. Nachdem indessen den Kirchen der religiösen Minderheiten durch Artikel 115 der Verfassung des polnischen Staates das Recht gewährleistet ist, sich durch eigene Gesetze zu regieren, gibt sich die Synode der Erwartung hin, daß der in Artikel 115 ausgesprochene Grundzüg für die Staatsregierung maßgebend sein und der unierten evangelischen Kirche gegenüber vollständig durchgeführt wird.

Um alle Zweifel an dem ordnungsmäßigen Zustandekommen der Notverfassung auszuschließen, wiederholt Synode die Beschlüsse der außerordentlichen Provinzialsynode vom April 1920, indem sie ihrem Vorlaufe überläßt, alle weiteren Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Evangelischen Konsistorium zu treffen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Beängstiglich der gegenwärtigen Synode hatte sich das Ministerium mit ihrer Abhaltung einverstanden erklärt, aber versucht, ihr den Charakter einer Generalsynode, aber nicht einer Provinzialsynode zu geben. Die Synode beschloß dazu einstimmig:

Synode hat von dem an das Evangelische Konsistorium gerichteten Schreiben des Ministeriums des ehemals preußischen Anteils vom 26. November 1921 Kenntnis genommen, in welchem das Ministerium der versammelten Synode den Charakter einer Generalsynode aufzulegen sucht und dem Evangelischen Konsistorium den Vorwurf macht, die Einberufung der Synode liefere den Beweis, daß das Evangelische Konsistorium um sich bestehenden freilichen und staatlichen Rechtsordnungen nicht folge. Synode sieht sich genötigt, hierzu Stellung zu nehmen:

1. Sie stellt fest, daß die Wahlen, welche der Einberufung der Synode zugrunde liegen, auf Grund der Vorschriften der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 befreit und nach keiner anderen rechtmäßigen Vorschrift erfolgen konnten.

2. Sie stellt fest, daß die verämmelte Synode sich aus Abgeordneten des gesamten Abtretenungsgebietes zusammensetzt und daß dies sowohl der kirchlichen wie der staatlichen Rechtsaufstellung entspricht, nach welcher die unierte evangelische Kirche des Abtretenungsgebietes eine Einheit bildet.

3. Sie stellt fest, daß die Vorschriften der Generalsynodalordnung vom 20. Januar 1876 welche das Ministerium des ehemals preußischen Anteils angewendet wissen will, lediglich für die über einer Mehrheit von Provinzialsynoden sich aufbauende Generalsynode der unierten evangelischen Kirche gelten und deshalb für die verämmelte Synode oblig unanwendbar sind.

4. Sie stellt fest, daß jede einseitige staatliche Anordnung, welche das Wesen und die rechtliche Gestalt der Synode betrifft, einen Griff in die innere Freiheit und in die Unabhängigkeit der Kirche bedeutet, entgegen den Gerechtsamen, welche der unierte evangelische Kirche im Artikel 115 der Verfassung des polnischen Staates und in § 8 des Minderheitsabkommen vom 28. Juni 1919 gewährleistet sind und auf welche jede kirchliche Gemeinschaft nach allgemeiner Anschauung in allen christlichen Ländern heute einen natürlichen Anspruch hat.

5. Sie nimmt in Rücksicht auf die gegebene Lage, unter Verwahrung gegen jede nachteilige Ausdehnung, den Namen Landessynode an, indem sie feststellt, daß hiermit keine Veränderung des gegenwärtig in Kraft befindlichen Rechtsnamens eintritt.

Die Landessynode — diesen Namen gebraucht der Präses entsprechend dem letzten Beschluss von jetzt an — beschließt dann, an die Aufgabe der Schaffung einer Kirchenverfassung einen ständigen Verfassungsausschuß von 12 Mitgliedern und 6 Stellvertretern. Diesem Verfassungsausschuß wird auch der Antrag Hesekiel und Genossen betraut, die Landeskirchen zur weiteren Behandlung überwiesen. Der maßvolle Antrag in Verbindung mit der ersten Begründung durch den Antragsteller findet in der Synode wohl wohlgesehen. Auch ein Antrag Just und Genossen auf Einführung des Bischofsamtes wird dem Verfassungsausschuß als Material überwiesen. Die Kommission wird sich einig darin, daß an der Spitze der Kirche kein Konsistorialpräsident, sondern ein erster Geistlicher stehen müsse, über dessen Amtstitel und Stellung der späteren Beschlusssitzung nicht vorgegriffen werden sollte.

Eine einstimmig beschlossene warme Dankest- und Vertrauens- und Gebetsgabe für das Konsistorium beschließt die inhaltreiche Tagesordnung der Synode, die 13 Vorlagen, 6 Anträge von Kreishöfen und Gemeinden und 7 Anträge aus der Versammlung erledigt hat. Einige Beschlüsse, deren Wortlaut uns noch nicht zugänglich war, tragen wir in den nächsten Tagen nach.

Zum Schluß richtets der Präses herzliche Dankest- und Gebetsgabe an den Herrn Generalsuperintendenten und das Konsistorium und schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Landessynode wohl am Ende ihrer diesmaligen Tagung, aber erst am Anfang ihrer Arbeit, dem wichtigen Verfassungswerk stehe. Generalsuperintendent D. Blau dankte seinerseits für die wertvolle Mitarbeit der Landessynode am Aufbau des kirchlichen Lebens und betonte die große Verantwortung für die Zukunft der Kirche, für die er weiter im Geiste des Friedens, aber auch der Unerhörtheit einzutreten versprach.

Nachdem der Synodenrat Lehmann-Bromberg Namens der Synode dem Präses Kliening herzlichen Dank für die bewährte Leitung ausgesprochen hatte, wurde mit Gebet und Segen des Herrn Generalsuperintendenten die bedeutende Tagung der Synode beendet, die als 16. ordentliche Posener Provinzialsynode eröffnet und als Landessynode der unierten evangelischen Kirche geschlossen wurde.

noch höher steht „Fuhrmann“. Im Scheitel befindet sich „Perseus“. Vom Zenit aus weist das hübsche flache Sternband der „Andromeda“ nach Süden, daran reiht sich „Pegasus“, dessen Sterne ein großes Viereck bilden. Der Himmelswagen steht im Nordosten ziemlich nahe dem Horizont; die „Deichsel“ desselben zeigt im Dezember nach links unten. Die Deichsel des kleinen Wagens oder „kleinen Bär“ zeigt dagegen nach oben. Dem Himmelswagen gegenüber auf der anderen Seite des kleinen Wagens sieht man das Sternbild Cassiopeia, das die Gestalt eines breitgezogenen, lateinischen W hat. Die Planeten sind im Dezember nur am Morgenhimmler sichtbar. „Mars“ kann 4, Jupiter 6, „Saturn“ fast 7 Stunden am östlichen Morgenhimmler gesehen werden. „Venus“ ist zu Beginn des Monats eine Stunde lang Morgenstern. Ende Dezember wird sie unsichtbar. „Jupiter“ und „Saturn“ stehen bei Sonnenaufgang bereits hoch im Süden. Die Sonne erreicht am 22. Dezember vormittags 10 Uhr ihre größte südliche Abweichung vom Äquator. Sie hat daher (für die Nordhalbkugel der Erde) an diesem Tage ihren größten Nacht- und kleinsten Tagbogen. Die Tageslänge beträgt $7\frac{1}{4}$ Stunden. Sternschnuppen sind um den 10. besonders häufig.

* Der Preis für ein Dreipfund-Roggenbrot ist infolge der Preiserhöhung des Roggens und des Mehles von 135 M. auf 140 M. seit Freitag gestiegen.

* Butterpreis. In der Woche vom 28. November bis 3. Dezember notierte die Butter im Großhandel mit 800—820 M.

Ein Gemeindeabend der Petrigemeinde soll am Dienstag, dem 6. Dezember, abends 7 Uhr im Saal des Evangelischen Vereins junger Männer (Evangelisches Vereinshaus) gehalten werden. Der Abend wird durch Antrachten, Vorträge und musikalische Darbietungen ausgefüllt sein. Alle Gemeindemitglieder sind herzlich dazu eingeladen.

* Diebstähle. In der ul. Kantaka 1 (früher Bismarckstraße) schlugen Einbrecher die Schauenscheide eines Geschäfts ein und stahlen 10 Meter weiße Seide mit roten Blumen, 6 Meter grauen und 4 Meter schwarzen Velvet im Gesamtwert von 320 000 M. — Aus dem Hause ul. Matejki 6 (ir. Neue Gartennstr.) wurde ein Fahrrad Marke „Panther“ mit der Nr. 546 270 im Werte von 22 000 M. gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses Góra Wilda 92 (fr. Kronprinzenstr.) wurde von Einbrechern eine Gelokassette mit 20 000 M. polnischem, 2100 M. deutschem Gelde, 6000 M. Kriegsnoten und 96 M. Silbergeld, ferner 6 weiße Damenhemden mit den Buchstaben A. G. gestohlen. — Am Laden des Hauses ul. Murna 3 (früher Mauerstraße) wurde aus einem Koffer ein wertvoller Perserteppich mit grünen roten und weißen Blumen 3×6 Meter, sowie ein größerer Posten Damenwäsche im Gesamtwert von zwei Millionen Mark gestohlen. — In der vergangenen Nacht stahlen Einbrecher bei der Firma Gentleman in der ul. Nowa 1 (ir. Neustadt) Kravatten, Handschuhe, seidene Schals und sonstige Herrenartikel im Werte von dreiviertel Million M.

* Wieder einer, der erst durch Schaden Klingt wird. In demselben Vergnügungslokal in der ul. Kantaka (ir. Bismarckstr.), in dem, wie berichtet, vorgestern abend ein Pelz gestohlen wurde, wechselte Freitag mittag zwischen 1—2 Uhr ein Herrenüberzieher infolge der Unachtsamkeit seines Eigentümers den Besitzer. Als der rechtmäßige Eigentümer den Überzieher anzog, war dieser, der einen Wert von 30 000 M. darstellt, verschwunden.

* Wirsitz, 30. November. In unserem Kreise sind die Wahlen zum Kreistage verschoben worden. Die Wählerliste werden neu aufgestellt und in den nächsten Tagen bei den Ortsbehörden zur Einsicht ausliegen. Die Kreistagswahlen in den Städten Wirsitz, Nakel, Mroischen und Lobiens haben spätestens bis zum 30. Dezember, für die Gemeinde Weizenhöhe bis zum 6. Januar zu erfolgen. Für die Städte Wissel und Friedheim ist der 6. Januar als Wahltag bestimmt. In sechs anderen Bezirken finden die Wahlen am 8. Januar statt. Genaueres wird noch von der Wahlkommission bekanntgegeben werden. Die Kandidatenlisten müssen bis zum 10. Dezember vorgelegt sein.

* Wolfsburg, 30. November. In der Gemeindebahn waren von ungefähr 60 Wahlberechtigten nur acht polnische Wähler erschienen. Die deutschen Wähler haben sich wohl durch eine Bekanntmachung des kommissarischen Schulzen, der einen Optionschein für Polen verlangte, sowohl von der Einsicht in die Liste, als auch von der Wahl abschrecken lassen. Eingetragen waren jedenfalls auch die wahlberechtigten Staatsbürgen deutscher Nationalität. Gewählt sind nun die bisherigen kommissarischen Gemeindevertreter.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unserem Lesern gegen Entsendung der Bezugssumme unentbehrlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit freiermarke beilegt.)

P. S. Die städtischen Sparkassen im ehemals preußischen Teilstück weigern sich, derartige Einzahlungen nach dem deutschen Valutastande zurückzuzahlen und beruhen sich auf die Ministerialverfügung, nach der die Zahlung in anderem als polnischem Geld verboten ist.

N. S. in N. Nach einer zu Ihrer Frage anderweitig eingeholten Auskunft und nach inzwischen ergangenen Gerichtsurteilen wird die Auffassung des Minderheitsentschließervertrages Artikel 4 bestätigt, daß jeder, der im ehemals preußischen Teilgebiet geboren ist, die polnische Staatsangehörigkeit erworben hat, selbst wenn er im Augenblick des Inkrafttretnes des Friedensvertrages hier nicht seinen Wohnsitz hatte. Demnach sind Sie doch polnischer Staatsangehöriger, und Ihr Grundstück ist nicht liquidierbar.

K. G. in B. Sie müssen, da der Verkauf rechtsgültig abgeschlossen war, die Erbsen dem ersten Käufer übergeben.

B. Bl. Als deutscher Staatsangehöriger erhalten Sie den Besuchspass bei der hiesigen deutschen Poststelle ausgestellt; dazu ist dann das Visum der polnischen Poststelle erforderlich.

R. R. Sie könnten gegen die Strafverfügungen die Entscheidung des Sąd Powiatowy (fr. Amtsgericht) anrufen, wenn Sie glauben, daß die Strafverfügungen zu Unrecht erlassen sind.

Eingelandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die vertragliche Verantwortung.

Zwei Entgegnungen.

Das in der Sonntagsausgabe veröffentlichte Eingesandt eines deutschen Lehrers „Zur Abwanderung der deutschen Lehrer aus Polen“ hat in weiten deutschen Kreisen lebhaft verschlungen, wie aus folgenden beiden Entgegnungen hervorgeht. Dabei ist von ganz besonderem Interesse, daß die erste Entgegnung aus Lehrerkreisen selbst stammt und somit den Beweis erbringt, daß die Ansichten des Herrn Sch. Verfassers des ersten „Eingesandts“, keineswegs in deutschen Lehrerkreisen überall geteilt werden.

In der letzten Sonntagnummer des „Posener Tageblattes“ erschien ein „Eingesandt“ unter der Überschrift „Zur Abwanderung der deutschen Lehrer aus Polen“, das nicht ohne Entgegnung bleiben darf. Die Frage der Abwanderung der deutschen Lehrer läßt sich doch wohl auch anders beurteilen, als der Herr Verfasser es dort tut; auch wäre es bedauerlich, wenn die Leser des Blattes zu dem Glauben veranlaßt würden, alle Lehrer höherer oder Volkschulen teilten die Überzeugungen und die Gefinnung des genannten Herrn. Zunächst bestätigt sich der Herr Verfasser darüber, daß „der deutsche Lehrer in seiner Volksgemeinschaft ein Aschenputtel war und bleiben wird“. Es mag sein, daß der Lehrerstand beider Schulgattungen, der höheren wie der Volkschulen, nicht immer das Ansehen genossen hat, das diesem Beruf gebührt, der das schöne, ja heilige Amt hat, die Jugend zu leiten, zu führen — aber ist er selbst ohne Schuld daran, daß es so war? — Doch, man mag darüber denken, wie man will, jedenfalls sind das „olle Kamellen“. Heute weiß jeder deutsche

Vater, jede deutsche Mutter dem Lehrer Dan, der auf seinem Posten ausharrt, schätzt seine Arbeit so ein, wie sie es verdient. Geht das nicht deutlich genug aus den immer wiederholten Klagen abwandernder Familien hervor: „In unserem Dorfe ist kein Lehrer mehr, sollen unsere Kinder denn ohne Schulunterricht, ohne Unterweisung in ihrer Muttersprache aufwachsen?“ Daher der Verfasser des „Eingesandts“ da noch behauptet kann, daß er „in seiner Volksgemeinschaft ein Aschenputtel bleiben wird“, zeugt von wenig Selbstbewußtsein. Und wenn die gebührende Anerkennung und Wertschätzung wirklich noch da oder dort zu wünschen übrig lassen sollte, was heute doch nicht mehr recht glaublich scheint — so muß der Lehrer so viel Sachlichkeit und echten Stolz aufbringen, sich darüber hinwegzusehen und nicht den Verärgerten zu spielen. „Warum“, so fragt der Herr Verfasser, „soll und muß es gerade der Lehrer sein, der als Kulturräger seine Persönlichkeit zum Opfer bringen soll?“ Warum? Nun eben weil er ein Kulturräger ist, weil auf seine Bleiben mehr ankommt, weil er seine Volksgenossen viel empfindlicher schädigt, als wenn irgend ein Handwerker oder Bauer fortzieht. Lehrer und Pastoren, beide müssen bleiben, bis zuletzt, wie der Kommandant auf dem sinkenden Schiff; eben weil sie Kulturräger sind, müssen sie ihren Volksgenossen dieses Opfer bringen; und sollte das stolze Gefühl Kulturräger zu sein, ihnen dieses Opfer nicht erleichtern? Was endlich die sich bietende Möglichkeit angeht, „im neuen Deutschland zu freierer Entwicklung seiner Persönlichkeit zu gelangen“, so ist wirklich nicht einzusehen, was das heißen soll. Kann man nicht gerade hier seinen Charakter stählen, seine ganze Persönlichkeit entwischen, steigern, indem man sich bemüht, den immer wachsenden Aufgaben zu genügen, allen Schwierigkeiten zum Trotz auf seinem Posten ausharren, seinen Kindern als Erzieher, der ganzen Gemeinde als Berater treu zur Seite zu stehen, statt ins „neue“ Deutschland auf die Stellenjagd zu gehen!

Die zweite Erwidierung lautet:

In dem „Eingesandt“ vom letzten Sonntag bemüht sich Herr Lehrer Sch. den schlechten Eindruck über die große Abwanderung deutscher Lehrer aus Polen zu verwischen. Ob ihm das durch die verschlungenen Gedankengänge seiner etwas mystischen Meisterschaft gelungen ist, dürfte zweifelhaft sein. Ich glaube schwerlich, daß er die Tatsache hat beobachtet können, daß 90 Prozent deutscher Lehrer aus Polen und Westpreußen abgewandert sind. Indes liegt das Anstötige seines Artikels nicht in den technischen Versuchen, sondern in den Gründen selbst, mit denen er die Abwanderung zu rechtfertigen unternimmt. „Wehe“, muß man erschrecken rufen, „wenn so wie Herr Sch. alle abgewanderten Lehrer gedacht haben! Das kann man nicht glauben und will man nicht von einem Stand glauben, der wie kaum einer, den Idealismus zu pflegen berufen war und ihn fast für sich allein in Anspruch genommen hat. Nicht bloß verärgerte Stimmung, unbefriedigte Eitelkeit, unbefohnter Ehrgeiz sprechen aus den Zeilen des Herrn Sch., sondern ein so krasser Egoismus, ein so unwürdiges Kult des lieben „Ich“, daß man dem Herrn Sch. und ähnlichen Geistigen genossen gar nicht laut rufen kann: „Geht zur geistl. Feier, um so lieber, Gott bewahre uns vor solchen Lehrern und solchen Charakteren. Die können nur verderben!“ Ganz war es der Stolz der Lehrer, daß sie Ideale hatten. Vermögl. vielleicht mit kümmerlichem Gehalt, auf kümmerlicher Stelle, hingepend und frierend, vielleicht unter mancherlei Entbehrungen ließen sie sich dennoch nicht ihre Ideale rauben. Für eine andere Welt als die Diesseitigkeitswelt mit ihrem Mammonsgesetz, ihrer Enge und Erdärmlichkeit lebten, kämpften und erzogen sie die Geschlechter. In ihnen lebte etwas von dem Preußengeist Friedrichs des Großen, dessen Grundsatz war: „Ich bin der erste Diener des Staates.“ Ohne war entweder vom kategorischen Imperativ des Königsberger Philosophen Kant eingempißt, daß man nämlich seine Pflicht tut um ihrer selbst willen. Weil ein inneres Muß und treibt, müssen wir so handeln, wie wir handeln. Wider alle Beschränktheit, wider alle Leidenschaft, unter Zurückziehung des eigenen Ich, ohne das Schießen auf Anerkennung, Lob, Schmeichelet, Orden und Ehrenungen. Dieser Geist war es, der dem „Schulemeister“ von 1866, 1870 und 1871 das hohe Lob eingebracht hat, er habe jene großen Kriege gewonnen. An seine Stelle ist vielfach der Geist des Materialismus, des Mammonismus und des Egoismus getreten, der Geist, der nur an sich denkt und nicht für etwas Großes leben, kämpfen, opfern und sterben kann. Ich glaube, mancher der Standesgenossen wird über die verunglückte Schriftstellerrei des Herrn Sch. händeringend ausgerufen haben: „O, daß Du doch geschwiegen hättest . . . !“

Schriftleitung: Dr. Wilhelm Boenewald.

Berantwortlich: für Politik Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Boenewald; für Pol. und Provinzialzeitung: Adolf Herbrechtsmeier; für den Angeleitenteil: Dr. Grubmann. Dem und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Simlich in Poznan.

Fürsorgliche Mütter! Das einzige wirksame Kinderpulver ist

Szofman's Puder Bébé,

empfohlen von Spezialärzten, weil es dem Wundsein,

Körperröten u. and. Hautausschlägen vorbeugt. Auch

Szofman's Bébé Seife,

durchsettet, wird als durchaus nötig zum Baden und

zum Waschen der Köpfe der Säuglinge empfohlen.

Einen eleganten

Verdeck-Coupe-

Wagen,

einen starken Arbeitswagen

100 Btr. Tragkraft einen

weißemailierten Kochherd,

fast neu billig zu verkaufen.

Gest. Off. u. F. u. 4143

a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

3 Zimmer-Einrichtung

mit Pianino nebst Küche

zu verkaufen. Off. u. B. 4130

an die Geschäftsst. d. Blatt.

Eine Biber-Garnitur,

Muß, Mäuse und Krögen

billig zu verkaufen, zu erfragen

Geschäftsst. Kreuzeweg 14.

Heirat! Vermög. Damen w.

glückl. Heirat! Herren,

auch ohne Vermög., gibt Aus-

kunft Frau PUHLMANN, BER-

LIN 58, Weissenburg. Str. 42.

Geb. junges Mädchen sucht

w. Heirat! geb. Christl. ge-

lehrten zu lernen. Off. mit

Bild u. G. W. 4119 a. d.

Geschäftsst. d. Bl. erbieten.

Achtung!

Beijentabak.

Für nur 1500 M. versende

10 Pfund prima Rauch-

tabak. Als Weihnachtsgeschenk sehr geeignet. Off. u.

A. B. 4145 a. d. Gesch. d. Bl. erb.

Eine Regulator-Uhr

mit Schlagwerk z. verkaufen.

dabei auch ein

möbl. Zimmer zu vermieten.

Sw. March 13, II. flaks.

Weihnachts-

wunsch!

Gebildet musicalische Dame

sucht die Bekanntschaft eines

netten Herrn zwecks späterer

Heirat. Off. mit Bild an die

Geschäftsst. dieses Bl. unter

Nr. 195.

Zwei ev. Landwirtschaftler,

zur Zeit in Polen wünschen

Herrenbekanntschaft

zwecks Heirat

unter Glück 4125.



WIELKOPOLSKA CENTRALA ŻARÓWEK

W. Tomaszewski i Ska.
Telephon 1586 Poznań, ul. Wielka 8
empfiehlt

Elektrische Glühlampen
und Gas - Glühkörper
En gros

aller Art
En gros



Ein wertvolles
Buch
ist das schönste Weihnachts-
Geschenk.
Rehfeldsche Buchhdg.
(Curt Boettger),
ulica Kantaka (früher
Bismarckstraße) Nr. 5.

Frieseurgroßhandlung
St. Wenzlik,
Poznań, 19 Aleje Marcinkowskiego 19
empfiehlt: 4019
Parfümerien, Bürsten,
Kämme, Haarschäfte, Spiegel usw., sowie Herren-
macher-Artikel.

Achtung!

Manufakturwaren, Grossisten und Detaillisten
der Wojewodschaft Poznań und Pommerellen

Achtung!

Engros-Geschäft
Keyman, Kaczko i S-ka.

Dworcowa 90 Bydgoszcz Dworcowa 90

empfiehlt sich als

billigste Einkaufsstelle

für Manufaktur- und Schnittwaren, Trikotagen,
Konfektion jeder Art sowie Herren-, Damen-
und Kinderwäsche eigener Fabrikation

[W 709]

Aufruf.

Wir suchen in der Provinz Posen und in Pommerellen für unsere
ernsten Reflektanten aus Galizien u. angekommene Amerikaner

Ankauf

von landwirtschaftl. Gütern, Rittergütern, Mühlen u. and.
industriellen Objekten, wie Automobilen u. Motoren usw.

Speziell reflektieren wir auf landw. Güter im Werte von

3-300 Millionen Mark.

Die verehrten Herren Besucher ersuchen wir um schnellste Zu-
sendung von Offerten unter Berücksichtigung genauerster Aufstellung,
Beschreibung und äußerster Preisangabe.

[Par 503]

Landwirtschaftliches
Industrie-Bureau „Agricola“
in Lemberg-Galizien (Lwów-Małopolska), ul. Sapiehy 57.

Fenster - Glas
Ornament-, Kälhe-
drat-, Rohglas und
Alles zu bedeutend her-
abgesetzt. Preisen
empfiehlt
Polskie Biuro Sprzedazy Szkła
t. z o.g. por. :: dawn. M. Fuss
Poznań, Małe Garbary 7a, Telephon 2863.
Gebüttet von 8½-5 Uhr ohne Unterbrechung.

Welcher Po e Deutchlands
tauscht bei Ostrów eine
Landwirtschaft.

Eigentum 53 Morgen, guter
Weizenbozen massige Gebäude
großer Obstgärten, vollständiges
Arbeitsmaterial. Ans. u. R.
S. 4092 a. d. Geschäftsstelle
d. Bl. erbeten.

Herren - Hüte

werden wieder angenommen
und in 4-6 Tagen umgesetzt.

Hutfabrik

Jerzy Segall i Ska.
Poznań, Stary Rynek 55.

Posener Tiefbrunnen-Baugesch.
und Pumpenfabrik, Poznań,
Traugutta 6, Tel. 1568, liefert erstklassige Arbeiten.

Zu verkaufen:

Neuerst günst. Objekt f. Amerikaner!

Dampfziegelei mit einer Jahresproduktion
von 2 Millionen Steinen.
Dazu gehörig: 144 Wiesen besten Bodens, zwei Wohn-
häuser, ein Arbeiterhaus, eine Scheuer sowie das gesamte
notwendige Wirtschafts-inventar. Reflektanten wollen sich
melden unter B. A. 4091 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wir sind Käufer **Rittergüter** u. Wirt-
schaften voller Aus-
zahlung für in jeder
Größe sowie industrielle Besitzungen. Regu-
lierung nur in Deutchland.

Wojciechowski & Comp., Poznań,
Zielona 31.

Aus meiner durch die Wielkop. Izba Rolnicza anerkannten
habe ich ständig

Läufersauen u. Läufereber
abzugeben. Bestellung kann jederzeit erfolgen. Bestel-
lungen er-
beten an **v. Becker**, Grudzielec, p. Bronów
(pow. Leżajewski (Poznań)).

Wrufen 300 Zentner,
gute gelbe,
hat abzugeben
Friedrich Rust, Racenów,
powiat Jarocin.

Stechtorf
hat in Waggons d. neuen billiger abzugeben.
Górnośląskie Prz. ds. Bergbau Węglowe-
Poznań — Kalużny i Werner
Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3. Tel. 129.
11 3871. — Telegr.-Adr. Werner Kohle Vertrieb

Schmiede-
Grundstück,
im vollen Betriebe in Stadt
einem. Brod. Pozn. Bahnhof,
an Hauptstr. gel. Geb. in gut.
Gust. gr. Hoi. gr. Obis- und
Gemüsegärten (1 Mrg.), außer-
dem 8 Morgen gut. Land u.
Weile auch als Ruhest. oder
auch f. jed. and. Gesch. p. f.,
mit od. ohne Inv., zu verf.
od. in Deutchl. zu verkauf-
schein. Off. u. G. N. 4086
a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Einen Posten runde
Drahtnägel,
deutsches Fabrikat. 6 8 9.
10 Zoll haben billig abzugeben
J. & S. Eisenach,
Wąbrzeźno (Pomorze)

Deinst Ihr unsrer noch in Treue
Wie Ihr's tut manches Jahr
So beweist es uns quis neue,
Nicht uns Weihnachtsgaben dar!
Für Weihnachtsfreude
Dem Kürbypfeife de
Danke dann roh die Kinderstar
im Diakonissenhaus Uriel, Kinder- & Äppel-
pflege und Erziehungsanstalt in Kijastowo,
powiat Wyrzyski.

18928

Kause laufend jeden Posten
Utpapier u. Papierabsätze
zu Tagespreisen.

J. Kasprzak, Poznań, sw Marcin 34,
Teleph. 56-07.
Vertreter angesehener Fabrik im Posenschen.